

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **2. und 3. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2011/2012 vom 20. Juni 2011

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.40 Uhr

Vorsitz:	Dominique Schraft (Grüne)	
Protokoll:	K. Lang	
Entschuldigt	Abendsitzung	W. Badertscher (SVP)
	Beide Sitzungen:	M. Baumberger (CVP), D. Berger (AL), B. Helbling (SP), N. Gugger (EVP), S. Gygax (GLP), W. Schurter (CVP), St. Nyffeler (SVP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft Nr. Nr.

- | | | |
|-----|--------|--|
| 1.* | | Protokolle der 20./21. und 22./23. Sitzungen des Amtsjahres 2010/2011 |
| 2.* | 11/067 | Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden A. Bosshart (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014 |
| 3.* | 11/030 | Abnahme der Jahresrechnung 2010 |
| 4.* | 11/042 | Abnahme Geschäftsbericht 2010 |
| 5.* | 11/043 | Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2010 |
| 6. | | Abnahme Geschäftsbericht 2010 der Ombudsstelle |
| 7.* | 10/135 | Kredit von CHF 44'140'000 für den Neubau einer Primarschulanlage Zinzikon, Oberwinterthur |
| 8.* | 11/040 | Investitionskredit von CHF 1.51 Mio. für den Einbau von Schulzimmern und Infrastrukturräumen im 2. Obergeschoss des Grüzehofs an der Rudolf Diesel-Strasse 10 sowie jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 134'046 für Mietaufwendungen |
| 9.* | 11/048 | Änderung der Nutzungsplanung: Umzonung Areal für den Werkhof Scheidegg bei der Kehrrechtverbrennungsanlage |

26. 11/025 Antrag und Bericht zur Budgetmotion Ch. Denzler (FDP), K. Cometta (GLP) und W. Schurter (CVP) betreffend Frontstunden der Polizei zur Brennpunktbewirtschaftung

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte:

1. B09/199 Fazliji Menduri, geb. 1969, mazedonischer Staatsangehöriger
2. B10/062 Sola Ilija, geb. 1958, und Ehefrau Sola geb. Jonjic Ruza, geb. 1961, kroatische Staatsangehörige
3. B10/103 Demiri Agim, geb. 1974, kosovarischer Staatsangehöriger
4. B10/157 Shillova Shaban, geb. 1958, kosovarischer Staatsangehöriger, und Ehefrau Shillova geb. Jasarovic Kada, geb. 1961, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
5. B10/161 Ademi geb. Etemi Valbone, geb. 1983, kosovarische Staatsangehörige
6. B10/193 Haxhiu Dashurije, geb. 1985, und Ehemann Haxhiu Januz, geb. 1983, mit Kind Haxhiu Leonita, geb. 2006, kosovarische Staatsangehörige
7. B10/196 Kröll geb. Weinberger Jutta Hannelore Helga, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
8. B10/198 Paunovic Irena, geb. 1975, mit Kind Z. D., geb. 2004, serbische Staatsangehörige
9. B10/199 Prieoklang Wana, geb. 1975, thailändische Staatsangehörige
10. B10/202 Berisha Nexhat, geb. 1981, kosovarischer Staatsangehöriger
11. B10/203 Bertuca Domenico, geb. 1958, italienischer Staatsangehöriger
12. B10/204 Faúndez Rojas Juan Andrés, geb. 1964, chilenischer Staatsangehöriger
13. B10/205 Kabashi Sami, geb. 1972, kosovarischer Staatsangehöriger
14. B10/206 Mahmudi Besime, geb. 1986, mazedonische Staatsangehörige
15. B10/207 Maltempi Daniele, geb. 1973, italienischer Staatsangehöriger und Ehefrau Maltempi geb. Tavares Martins Renata, geb. 1981, brasilianische Staatsangehörige
16. B10/208 Salihi Afrim, geb. 1970, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
17. B10/209 Tusi geb. Dauti Albresa, geb. 1983, und Ehemann Tusi Bujar, geb. 1974, mit Kindern Tusi Biondina, geb. 2002, Tusi Granit, geb. 2004, und Tusi Nerhan, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige
18. B11/002 Eshrefi Rifat, geb. 1949, und Ehefrau Eshrefi geb. Tupella Rabiye, geb. 1960, mit Kind Eshrefi Doruntina, geb. 1999, serbische Staatsangehörige
19. B11/003 Fazlijja Damir, geb. 1983, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
20. B11/004 Greiner-Mai geb. Heinlein Edith Ulrike, geb. 1958, deutsche Staatsangehörige

21. B11/005 Güvenkaya geb. Özen Zehra, geb. 1964, türkische Staatsangehörige
22. B11/006 Lindenau Angelika, geb. 1960, deutsche Staatsangehörige
23. B11/008 Paintner Andreas Kurt, geb. 1961, deutscher Staatsangehöriger
24. B11/009 Ramanathan Uthayakumar, geb. 1971, und Ehefrau Uthayakumar geb. Masilamani Kalachchelvi, geb. 1971, mit Kindern Uthayakumar Mathuusha, geb. 1999, Uthayakumar Nathishaa, geb. 2001 und Uthayakumar Axsayan, geb. 2007, srilankische Staatsangehörige
25. B11/010 Sener Ahmet Ali, geb. 1970, und Ehefrau Sener geb. Toprak Dilek, geb. 1978, mit Kindern Sener Sura Nur, geb. 1997, und Sener Sara Gül, geb. 2005, türkische Staatsangehörige
26. B11/013 Asshauer Thomas, geb. 1964, deutscher Staatsangehöriger
27. B11/014 Biçer Ayla, geb. 1964, türkische Staatsangehörige
28. B11/015 Böttger geb. Rathgeber Barbara Lioba Antoinette, geb. 1958, und Ehemann Böttger Ingolf Gerhard, geb. 1940, deutsche Staatsangehörige
29. B11/018 Jödicke geb. Beck Almut, geb. 1971, und Ehemann Jödicke Gerald Jürgen, geb. 1968, mit Kindern Jödicke Lisa Sophie, geb. 2001, Jödicke Silvan Hannes, geb. 2003, und Jödicke Simona Leonie, geb. 2005, deutsche Staatsangehörige
30. B11/019 Ramaj Vilson, geb. 1980 mit Kindern Ramaj Kristina, geb. 2005, und Ramaj Kristian, geb. 2007, kosovarische Staatsangehörige
31. B11/021 Sandwegger Josefina, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
32. B11/022 Sinani Amir, geb. 1984, mit Kind Sinani Ajan, geb. 2011, mazedonische Staatsangehörige
33. B11/025 Ademi geb. Ibraimi Imijan, geb. 1964, mazedonische Staatsangehörige
34. B11/026 Azemi Bekim, geb. 1971, und Ehefrau Azemi geb. Fetahu Nasibe, geb. 1974, mit Kindern Azemi Drilon, geb. 2000, und Azemi Bleron, geb. 2004, kosovarische Staatsangehörige
35. B11/028 Draoui Dhouha, geb. 1973, mit Kind Draoui Miryam, geb. 1999, tunesische Staatsangehörige
36. B11/030 Ipavec geb. Cernjul Katja, geb. 1949, kroatische Staatsangehörige und Ehemann Ipavec Pavel, geb. 1946, slowenischer Staatsangehöriger
37. B11/031 Kadriu Lulzim, geb. 1964, und Ehefrau Kadriu geb. Berisha Drita, geb. 1963, kosovarische Staatsangehörige
38. B11/032 Mansoor Majed, geb. 1969, und Ehefrau Mansoor Iman, geb. 1972, mit Kindern Mansoor David, geb. 1994, und Mansoor Martin, geb. 2010, irakische Staatsangehörige
39. B11/033 Maric geb. Jukic Katica, geb. 1974, kroatische Staatsangehörige
40. B11/034 Radulovic geb. Vacic Dragana, geb. 1962, serbische Staatsangehörige

41. B11/035 Solomon Alles Dayan, geb. 1970, mit Kindern Solomon Jael Esther, geb. 2007, und Solomon Jerubi Rebecca, geb. 2008, srilankische Staatsangehörige
42. B11/036 Yousif Eiva S., geb. 1982, irakische Staatsangehörige
43. B11/038 Barbalinardo Vincenza, geb. 1960, italienische Staatsangehörige
44. B11/039 Haji Farhad, geb. 1966, und Ehefrau Kasi Nasrin, geb. 1972, mit Kindern Haji Karon, geb. 2004, und Haji Kawan, geb. 2008, irakische Staatsangehörige
45. B11/040 Ibrahim geb. Sejdija Hata, geb. 1973, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
46. B11/041 Ljubomirovic Cvetko, geb. 1948, und Ehefrau Ljubomirovic geb. Nedeljkovic Ikonija, geb. 1949, serbische Staatsangehörige
47. B11/042 Rana Mubarik Ali, geb. 1968, mit Kindern Mubarik Fizza, geb. 2002, Rana Anas Ahmad, geb. 2005, und Rana Luqman Ahmad, geb. 2009, pakistanische Staatsangehörige
48. B11/043 Sajid Safiat Ullah, geb. 1971, und Ehefrau Sajid geb. Latif Asima, geb. 1985, mit Kindern Sajid Numana, geb. 2004, Sajid Attaulhy, geb. 2006, und Sajid Nimra, geb. 2010, pakistanische Staatsangehörige
49. B11/044 Sylaj geb. Pajazitaj Shqipe, geb. 1974, und Ehemann Sylaj Sylë, geb. 1975, mit Kindern Sylaj Arnisa, geb. 2004, Sylaj Vesa, geb. 2008, und Sylaj Gresa, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige
50. B11/046 Van Westendorp Yvette, geb. 1996, niederländische Staatsangehörige
51. B11/047 Wanso Somphet, geb. 1969, thailändischer Staatsangehöriger
52. B11/048 Çiftci Yusuf Can, geb. 1998, türkischer Staatsangehöriger
53. B11/049 Coduti Aurelio, geb. 1963, italienischer Staatsangehöriger
54. B11/050 Gashi Donik, geb. 1997, kosovarischer Staatsangehöriger
55. B11/051 Hajrullahu Nazmi, geb. 1945, und Ehefrau Hajrullahu geb. Salihu Qamile, geb. 1953, serbische Staatsangehörige
56. B11/053 Juen Silvia Jacqueline, geb. 1997, österreichische Staatsangehörige
57. B11/054 Kibreab Hanna, geb. 1957, eritreische Staatsangehörige
58. B11/055 Mösli geb. Sahin Süreyya, geb. 1967, türkische Staatsangehörige
59. B11/057 Ntangu Kengelau, geb. 1967, kongolesischer Staatsangehöriger
60. B11/060 Shilova geb. Azemi Arta, geb. 1985, kosovarische Staatsangehörige
61. B11/062 Ibraimi Nurije, geb. 1997, mazedonische Staatsangehörige

Ratspräsidentin D. Schraft begrüsst zur 2. und 3. Sitzung im Amtsjahr 2011/2012. Sie hat der Presse die Erlaubnis erteilt, zu fotografieren. Die Ratspräsidentin hat den Hut mitgenommen, der als Gemeinschaftswerk von SVP und SP entstanden ist. Sie hat sich sehr darüber gefreut und wird ihn deshalb in den ersten zehn Minuten der Sitzung tragen.

Ratspräsidentin D. Schraft begrüsst zwei neue Ratsmitglieder Chantal Leupi (SVP) und Klaus Brand (CVP). Sie heisst die beiden herzlich willkommen und wünscht ihnen viel Freude im Amt.

Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder Wortmeldungen ausschliesslich an den Vizepräsidenten J. Lisibach zu richten.

Fraktionserklärungen

Energiekonzept 2050

B. Meier (GLP/PP): Am 16. Juni hat der Stadtrat das Energiekonzept 2050 vorgestellt. Nach diesem Konzept soll der Energieverbrauch massiv, von 5000 Watt auf 2300 Watt pro Kopf, gesenkt werden und der Treibhausgasausstoss von 6,5 Tonnen auf 2 Tonnen pro Kopf. Diese Ziele sind im Detail noch zu prüfen – einzelne scheinen auf den ersten Blick etwas zaghaft zu sein, zum Beispiel wenn ein steigender Stromverbrauch angenommen wird. Insgesamt zeichnet das Energiekonzept 2050 einen anspruchsvollen und klugen Weg vor, der von der GLP/PP-Fraktion begrüsst und unterstützt wird. Das Hauptproblem auf diesem Weg liegt in der Lücke zwischen den Zielen und den konkreten Taten. Wenn jetzt diese Ziele präzisiert und mit einem Datum versehen werden und bei den Taten nicht mehr passiert als bisher, dann kann diese Lücke zu einem Abgrund werden. Denn das Konzept macht eines vor allem deutlich – die Stadt hat keine Zeit zu verlieren. Wenn man bedenkt, dass der Stadtrat bereits im August 2010 in einer Interpellationsantwort die wichtigsten Eckdaten des Energiekonzepts umrissen hat, danach fast 1 Jahr benötigt hat, um das Konzept definitiv vorzustellen und erst im Jahr 2012 beginnen will Massnahmen auszuarbeiten, die vielleicht im Jahr 2013 starten können, spürt man nicht viel von Tempo und Priorisierung. Inzwischen werden städtische Liegenschaften weiter pinselsaniert, man plant lieber Parkhäuser als Stromerzeugungsanlagen und man wehrt sich gegen ökologisch motivierte Vorstösse aus dem Parlament. Bis zum Jahr 2050 bleibt noch knapp 40 Jahr Zeit. Wenn man bereits beim Start zwei Jahre verplempert, entspricht das 5 % Prozent des Zeitraums, die später eingeholt werden müssen. Das Energiekonzept 2050 zeigt einen anspruchsvollen Weg in die Zukunft. Ob die Energiewende in den Köpfen des Stadtrates und der Verwaltung bereits stattgefunden hat, wird an den Taten zu messen sein.

Stadtrat M. Künzle dankt für die Fraktionserklärung der GLP/PP-Fraktion, die fast zu erwarten war. Das gibt dem Stadtrat die Gelegenheit gewisse Irrtümer, die in den Medien verbreitet worden sind, zu klären. Es ist nicht so, dass der Vorstoss von einer gewissen Partei in Winterthur der Grund für das Energiekonzept war. Diese Aufträge waren bereits vergeben. Letztendlich ist es aber egal, wem diese Blumen gehören. Wichtig ist, dass sich die Stadt Winterthur der Nachhaltigkeit verschrieben hat und dass sie in Richtung 2000 Watt, 1 Tonne CO₂ Gesellschaft geht. Das hat der Stadtrat bereits in den Legislatorschwerpunkten festgehalten. Er hat alle notwendigen Arbeiten in die Wege geleitet, damit sich die Stadt auf den Weg begeben kann. Der Stadtrat hat das Grundlagenpapier erarbeitet. Der nächste Schritt wird das Aktivitätenprogramm sein. Selbstverständlich erzeugt ein solches Papier bereits eine Wirkung. Das ist auch notwendig. Heute Vormittag fand die Sitzung Energiestadt Goldlabel statt. Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass er mit seinen Bestrebungen, die man als Gesamtpaket in der Energiepolitik betrachten muss, wesentliche Schritte machen kann. Das Energiekonzept ist ein wichtiges Papier. Deshalb hat der Stadtrat auch Zeit benötigt. Man muss bei solchen Papieren, die durchaus zu Diskussionen führen können, möglichst viele Leute mitnehmen. Das hat der Stadtrat gemacht. Entscheidend ist, dass Ziele gesetzt wurden und dass alle am gleichen Strick ziehen.

Bürokratie

B. Günthard-Maier (FDP): Als sich die FDP-Fraktion am letzten Mittwoch im Garten von A. Bosshart zur Fraktionssitzung getroffen hat, haben viele über ein Beispiel bürokratischen Vorgehens den Kopf geschüttelt. Eine findige Gewerbetreibende hat ihr Velo vor dem Geschäft abgestellt – als Werbeträger. Die Gewerbepolizei hat daraufhin festgestellt, dass dieses Velo nicht als Transportmittel genutzt werde und somit auch nicht regelmässig im Verkehr bewegt worden sei. Das Velo sei ein besonderer Warenauslagegeständer. Also hat sich die Gewerbetreibende eine Bewilligung für einen besonderen Warenauslagegeständer besorgt. Danach hat die Gewerbepolizei gefordert, dass auf diesem Warenauslagegeständer auch etwas ausgelegt werden müsse. Also hat die Gewerbetreibende einen geschäftsspezifischen Gegenstand – nämlich eine Brille – auf das Velo gelegt. Danach hat die Gewerbepolizei moniert, dass das Velo am falschen Ort abgestellt ist, man habe den Maximalabstand überschritten. Die Gewerbepolizei hatte offenbar vergessen, dass beim Graben Extravorschriften gelten. Es wäre demnach kein Problem gewesen. Die Gewerbetreibende hatte genug und wollte eine Werbetafel aufstellen. Sie hat sich eine entsprechende Bewilligung eingeholt. Worauf die Gewerbepolizei erneut reklamiert hat, weil die Tafel nicht die richtigen Masse aufweisen würde und zu wenig schön sei. Genau solche Beispiele möchte die FDP verhindern. Diese Geschichte steht auch auf der FDP-Homepage, auf der unter anderem für Bürokratieabbau geworden wird. Das Beispiel ist ein Kandidat für einen Preis in Sachen Bürokratie. Die FDP-Fraktion fragt sich, zusammen mit der betroffenen Gewerbetreibenden, ob es wirklich die Aufgabe der Gewerbepolizei ist, gegen das Gewerbe zu arbeiten. Wenn die FDP-Fraktion in ihrer Budgetmotion mehr Polizeipräsenz an den Brennpunkten fordert, denkt sie nicht an das Kontrollieren von Werbetafeln, sondern an mehr Polizeipräsenz an den Orten, an denen es wirklich brennt – zum Beispiel rund um den Bahnhof. Die FDP dankt dem zuständigen Stadtrat für sein Verständnis.

Stadtrat M. Künzle: Es ist nicht die Aufgabe der Stadtpolizei das Gewerbe zu drücken oder gute Ideen zu verhindern. Man muss die Gewerbetreibenden leben lassen, damit sie ihre Ideen umsetzen können, dessen ist sich auch die Gewerbepolizei bewusst. Auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der KMU ist unbestritten. In der Stadt Winterthur ist die Zusammenarbeit mit dem Gewerbe sehr gut. Die Gewerbetreibenden sind nicht immer der gleichen Meinung wie der Stadtrat. Es wird aber versucht, in vielen Gesprächen gute Kompromisse zu finden. Das hat der Stadtrat mehrmals bewiesen. Grundsätzlich ist das Einvernehmen sehr gut. Dass es Einzelfälle gibt, die auch an die Medien gelangen, ist legitim. Das lässt aber keine Rückschlüsse auf den allgemeinen Umgang mit dem Gewerbe zu. Der öffentliche Raum, der bewirtschaftet wird, steht massiv unter Druck – nicht nur durch die Gewerbetreibenden auch durch Vereine oder Parteien, die den öffentlichen Raum nutzen wollen. Die Aufgabe des Stadtrates ist es, mit Augenmass darauf zu achten, dass einigermaßen Ordnung herrscht bei der Benützung des öffentlichen Raums. Dabei müssen die gleich langen Spiesse angewendet werden. Um die Nutzung dieses Raums zu kontrollieren wurde der Altstadtkoordinator D. Beckmann, Hauptabteilungsleiter der Stadtpolizei, eingesetzt. Aufgrund von Rückmeldungen aus dem Gewerbe kann Stadtrat M. Künzle schliessen, dass er seine Aufgabe gut löst, auch wenn man nicht immer einer Meinung ist. Auf den Umgang miteinander kann Winterthur aber stolz sein. Der Altstadtkoordinator kann dann einen guten Job machen, wenn er vom Sachverhalt Kenntnis hat. In diesem konkreten Fall hatte die Stadtpolizei und das Departement vom Sachverhalt erst sehr spät Kenntnis erhalten - nachdem dieses Hin und Her bereits seit ein oder zwei Jahren stattgefunden hat. Stadtrat M. Künzle hat sofort Massnahmen eingeleitet. Er trifft sich mit der Gewerbetreibenden demnächst zu einer Aussprache und ist sicher, dass eine Lösung gefunden werden kann. Der Stadtrat aspiriert nicht auf den genannten Preis.

Persönliche Erklärung

Brennpunkt Hauptbahnhof

Ch. Denzler (FDP): Die Meldung in der heutigen Ausgabe des Landboten veranlasst Ch. Denzler zu einem Statement. Erneut hat die Polizei am vergangenen Wochenende zu zwei Schlägereien ausrücken müssen. Frage: Wie lange will die Stadt noch tatenlos zusehen. Nächsten Montag hat der Gemeinderat die Gelegenheit einer moderaten Aufstockung der Stellen bei der Stadtpolizei zuzustimmen. Ch. Denzler hofft, dass vor allem die Ratslinke wachgerüttelt wird. Sie haben jetzt eine weitere Woche Zeit darüber nachzudenken. Besorgte Bürgerinnen und Bürger werden für die Zustimmung dankbar sein.

Stadtrat M. Künzle: Der Platz beim Hauptbahnhof wird von sehr vielen Leuten frequentiert und viele nutzen die Partymeile von Winterthur. Praktisch jedes Wochenende kommt es deshalb zu Auseinandersetzungen. Konflikte sind bei dieser Dichte kaum zu umgehen. Auch die genannten Ereignisse mussten um ca. 3 Uhr morgens registriert werden. Es handelt sich um Leute, die der Stadtpolizei bekannt sind. Die entsprechenden Verfahren wurden in die Wege geleitet. Wichtig in diesem Zusammenhang ist der Aktionsplan Hauptbahnhof. Die Stadtpolizei hat den Aktionsplan aufgestellt. Es können aber durchaus noch Ergänzungen eingebracht werden. Einzelne Massnahmen werden bereits umgesetzt. Die Stadtpolizei wird, wenn die wichtigen Gespräche stattgefunden haben mit den Playern rund um den Hauptbahnhof, die Öffentlichkeit informieren. Wichtig ist, dass die Polizei bereits Massnahmen ergriffen hat.

Antike Uhr

P. Fuchs (SVP) hat ein Problem mit einer Meldung im Landboten. Eine antike Uhr des Schwimmbades Geiselweid soll vom Bademeister verschenkt oder billig verkauft worden sein. Diese Uhr soll jetzt in einem Museum hängen. Hier müsste man ein Auge darauf haben, damit das nicht erneut passiert. In der Stadt arbeitet auch ein Denkmalpfleger. Er sollte über solche Vorgänge informiert sein. P. Fuchs will niemandem einen Vorwurf machen, er will aber, dass sich solche Vorgänge nicht wiederholen.

Stadträtin P. Pedergnana will aufgrund ihrer früheren Tätigkeit als Vorsteherin des Departements Schule und Sport antworten. Soweit sie sich erinnern kann, ist die Übergabe der Uhr an das Museum folgendermassen abgelaufen: Der Stadtrat hat das Gebäude in Augenschein genommen und festgestellt, was erhaltenwürdig ist. Er hat sich dann entschieden das Uhrenmuseum anzufragen, ob ein Interesse am Erhalt dieser Uhr besteht. Damit war ein geordneter Ablauf gewährleistet. Die Frage, ob diese Uhr mit dem Taxi transportiert wurde, obwohl die Materialverwaltung den Transport übernommen hätte, ist lediglich ein Detail.

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Traktandenliste wurde rechtzeitig versandt. Laut der Geschäftsordnung müssen die Stadtratsgeschäfte jeweils zu Beginn der Sitzung traktandiert werden und erst danach die übrigen Geschäfte. Das ist auch in dieser Reihenfolge erfolgt. Jetzt gilt aber auch, dass die Budgetmotionen noch vor den Sommerferien behandelt werden müssen. Die Ratspräsidentin schlägt deshalb vor, am nächsten Montag 27. Juni 2011 spätestens um 20.00 Uhr diese Budgetmotionen zu beraten. Die Ratspräsidentin stellt fest, dass keine Einwände gemacht werden, damit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Traktandum

Protokolle der 20./21. und 22./23. Sitzungen des Amtsjahres 2010/2011

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2011/067: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden A. Bosshart (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014

Y. Beutler (SP) schlägt im Namen der IFK Christoph Magnusson (FDP) zur Wahl vor.

Der Rat stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Ratspräsidentin D. Schraft gratuliert Ch. Magnusson und wünscht ihm viel Erfolg im neuen Amt.

3. und 4. Traktandum

GGR-Nr. 2011/030: Abnahme der Jahresrechnung 2010

GGR-Nr. 2011/042: Abnahme Geschäftsbericht 2010

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Geschäfte werden von den Referentinnen/Referenten erläutert. Danach sprechen die übrigen Kommissionsmitglieder und dann die anderen Ratsmitglieder. Das Schlusswort hat der Stadtrat.

S. Stierli (SP): Gemäss § 31 Abs. 3 und 4 der Gemeindeordnung der Stadt Winterthur prüfen die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen in den ihnen zugeteilten Sachbereichen die Rechnung und den Geschäftsbericht. Die Aufsichtskommission übt die Oberaufsicht über den gesamten Finanzhaushalt aus. In der Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktionen werden die ständigen Kommissionen von der städtischen Finanzkontrolle als fachlich unabhängigem Prüfungsorgan unterstützt. Die Aufsichtskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, auf die Rechnung 2010 einzutreten. Die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen haben die Rechnung und den Geschäftsbericht in den ihnen zugeordneten Sachbereichen geprüft. Es wurden keine Anträge gestellt, Teile der Rechnung nicht abzunehmen. Mit Bericht vom 17. März 2011 empfiehlt die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur, die Jahresrechnung zu genehmigen. S. Stierli möchte an dieser Stelle den Mitgliedern der Sachkommissionen und der Aufsichtskommission für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit danken. Ein besonderer Dank geht an den Leiter der Finanzkontrolle, Georg Ludwig, und sein Team. Sie haben die Rechnung in gewohnt professioneller Art und Weise minutiös durchleuchtet. Zu danken ist auch dem Stadtrat und den städtischen Angestellten, die zum guten Rechnungsabschluss beigetragen haben.

Die Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 2,9 Millionen Franken ab. Damit hat die Stadt die wichtigste Vorgabe des Voranschlags erfüllt. Der Bruttoaufwand ist um 2 % auf rund 1,3 Milliarden Franken gestiegen. Die Abweichung des bereinigten Aufwands gegenüber dem Voranschlag beträgt 2,9 %, also 31 Millionen Franken mehr. Kein Anstieg ist bei den Personalkosten zu verbuchen. Das Budget des Personalaufwands wurde um

2,7 Millionen Franken nicht ausgeschöpft. Auch die Kosten des Sachaufwands sind unter Kontrolle. Dieser wurde um 2,7 Mio. Franken unterschritten. Einmal mehr ist ein Anstieg der Ausgaben im Bereich Sozial- und Erwachsenenhilfe zu verzeichnen, 2010 um 7,6 Millionen. Die Nettobelastung beträgt allerdings nur 2,4 Millionen. Weitere Mehrausgaben sind beim öffentlichen Verkehr und bei der auswärtigen Sonderschulung zu verbuchen. Erfreulich sind die Mehreinnahmen bei den Steuern von rund 4,8 Millionen Franken. Ins Gewicht fallen hier insbesondere beglichene Steuerschulden aus früheren Jahren. 12 Produktgruppen haben eine negative Nettozielabweichung erreicht, also das Budget überzogen. S. Stierli geht im Folgenden kurz auf diese Produktgruppen ein: 1. Theater Winterthur: 83'389 Franken. Im Finanzcontrolling per 30.09.2010 war das Departement noch von einer Budgetunterschreitung ausgegangen. Die Mehrkosten gründen im Personalaufwand. Die BSKK beantragt, die Überschreitung zu genehmigen. 2. Städtische Allgemeynkosten: 5,6 Millionen. Diese Produktgruppe besteht ja aus Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, die nicht umgelegt werden können. Diese Produktgruppe lässt sich somit nicht aktiv steuern. In der AK wurden die einzelnen Konten detailliert angeschaut. Die Kommission beantragt die Abnahme der Überschreitung. 3. Stadtpolizei: 1,17 Millionen. Im Finanzcontrolling per 30.09.2010 zeichnete sich bereits ab, dass das Budget nicht eingehalten werden kann. Man ging von einer Überschreitung von 0,77 Millionen aus. Die Stadtpolizei hatte einmal mehr zu viele Busseneinnahmen budgetiert. Immerhin konnten beim Jahresabschluss mit einem buchhalterischen „Trick“ nicht budgetierte Busseneinnahmen von 1,3 Millionen verbucht werden. Aber auch bei den Kosten wurde das Budget um über 114'000 Franken überzogen. Bemerkenswert ist, dass die Polizei 5 Stellen nicht besetzt hat. Winterthur gehört zu den sichersten Städten. Dass die Stadtpolizei die Sicherheit sogar mit 5 Stellen unter Budget gewährleisten kann, ist eine gute Leistung. Für die Budgetüberschreitung, insbesondere bei den Kosten, liegt weder eine Gebundenheitserklärung des Stadtrates vor, noch wird die Überschreitung mit dem Kompetenzkredit des Stadtrates abgedeckt. Die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) beantragt die Abnahme der Rechnung.

4. Bei der Famex beträgt die Budgetüberschreitung 840'077 Franken. Diese ist durch den vom Gemeinderat gewährten Nachtragskredit abgedeckt. 5. Die Produktgruppe Berufsbildung hat das Budget um 221'145 Franken nicht eingehalten. Die Budgetüberschreitung wurde vom Stadtrat als gebunden erklärt. S. Stierli hat bei Stadträtin V. Gick deponiert, dass solche Beschlüsse des Stadtrates betreffend Gebundenheitserklärung jeweils der AK zuzustellen sind. Sonst kann nicht überprüft werden, ob alles rechtens gelaufen ist. 6. Beim Sportamt beträgt die Budgetüberschreitung 117'988 Franken. Der Mehraufwand dürfte aus gebundenen Kosten bestehen. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss liegt jedoch nicht vor. Die BSKK beantragt die Abnahme. 7. Die Sozial- und Erwachsenenhilfe hat das Budget um 2,5 Millionen überzogen. Auch hier besteht der Mehraufwand aus gebundenen Kosten. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss liegt nicht vor. Die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) beantragt die Abnahme. 8. Bei der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe muss ein Minus von 78'589 Franken verzeichnet werden. Der Grund besteht hauptsächlich in geringeren Erträgen. 9. Bei der Spitex beträgt das Minus 982'982 Franken. Die SSK hat dieses Ergebnis, insbesondere die ausserordentlichen Abschreibungen und Fehlbuchungen, ausführlich und vertieft diskutiert und beantragt die Abnahme. 10. Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich: 136'359 Franken. Der Mehraufwand dürfte aus gebundenen Kosten bestehen. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss liegt nicht vor. Die SSK beantragt die Abnahme. 11. Das letztjährige Sorgenkind in finanzieller Hinsicht, das KAP, hat einen Budgetüberzug von 16'257 Franken zu verzeichnen. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat die Kosten dieser Produktgruppe langsam in den Griff bekommt. Die SSK beantragt, die Überschreitung zu genehmigen. 12. Die Produktgruppe FinöV verzeichnet eine Überschreitung von 1,2 Millionen. Der Mehraufwand dürfte aus gebundenen Kosten bestehen. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss liegt nicht vor. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) beantragt die Abnahme.

Die Rechnung 2010 der Schule enthält bekanntlich, zum letzten Mal Elemente, die noch nicht auf WOV umgestellt sind. Hier sind diverse Budgetüberschreitungen zu verzeichnen. Diese dürften auf gebundene Kosten zurückzuführen sein. Entsprechende Stadtratsbeschlüsse liegen allerdings nicht vor. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

beantragt die Abnahme. Abschliessend zu den Budgetüberschreitungen ist zu bemerken, dass der Grosse Gemeinderat bei der Rechnungsabnahme vor einem Jahr die Rechnungen der Produktgruppen KAP und FAMEX nicht abgenommen hat, weil die Vorgaben des Gemeindegesetzes des Kantons Zürichs und der Finanzhaushaltverordnung der Stadt Winterthur nicht eingehalten wurden. Der Gemeinderat hat festgestellt, dass die Regelung der Stadt Winterthur, die auf Paragraf 15 der Finanzhaushaltverordnung beruht, zu ergänzen ist. Insbesondere ist das vereinfachte Verfahren im Sinne von Paragraf 26 des Kreisschreibens der Justizdirektion zu definieren. Und es müssen klare Regeln aufgestellt werden, in welchen Fällen und bei welchen Beträgen Budgetüberschreitungen mit der Rechnung abgenommen werden können, wann ein Nachtragskredit einzuholen ist, ein Stadtratsbeschluss betreffend Gebundenheit zu fassen oder der Überzug aus dem Stadtratskredit zu decken ist. Der vom Stadtrat in Aussicht gestellte Regelungsvorschlag steht noch aus. S. Stierli hofft, dass diese Thematik bald abgeschlossen werden kann und bei der Abnahme der Rechnung 2011 Klarheit herrscht.

Bei den Investitionen ist zu erwähnen, dass netto 166 Millionen ins Verwaltungsvermögen investiert wurden. Beim Finanzvermögen betrug die Investition 17,4 Millionen. Die Bilanzsumme stieg auf 1'944 Millionen. Abschliessend ist zu erwähnen, dass der Kanton seine umstrittene Praxis, von Ausgleichsgemeinden einen Abbau von 10 % des Eigenkapitals zu verlangen, aufgegeben hat und Winterthur nun Geld zurückerhält. Man kann also sagen, dass die Rechnung 2010 der Stadt Winterthur ausgeglichen ist. S. Stierli dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für das sehr gute Resultat der Rechnung 2010. Die AK beantragt einstimmig, auf die Rechnung 2010 einzutreten und diese im Sinne der Anträge des Stadtrates in der Weisung vom 16. März 2011 abzunehmen. Geschäftsbericht: Der Geschäftsbericht zeigt sehr detailliert, welche immense Arbeit die städtischen Angestellten verrichtet haben. S. Stierli dankt für die Leistung zum Wohle der Stadt und für den gelungenen Bericht. Der Geschäftsbericht 2010 wurde von den Sachkommissionen und der Aufsichtskommission geprüft. Es wird beantragt, den Geschäftsbericht abzunehmen.

D. Oswald (SVP) beginnt sein Votum mit einer Anekdote. Es ist ein Gast in ein Hotel gekommen und wollte ein Zimmer buchen. Weil er das Zimmer zuerst anschauen wollte, hat er ein Depot von 100 Franken hinterlegt. Der Wirt suchte daraufhin den Metzger auf und beglich mit dem Geld die offene Fleischrechnung. Der bezahlte dann den Bauern, dem er ebenfalls Geld schuldet. Der Bauer bezahlte die Futtermittelrechnung und der Futtermittelhändler bezahlte dem Wirt das Weihnachtessen. Damit waren die 100 Franken wieder beim Wirt. Weil dem Gast kein Zimmer im Hotel gefiel, verlangte er die 100 Franken Depot zurück. Mit dieser Anekdote will D. Oswald den Schwerpunkt nicht auf die internen Verrechnungen legen. Er will einige Fragen stellen zu den Geldern, die von Aussen in die Stadt fließen oder die nach Aussen bezahlt werden. Als erstes möchte D. Oswald aber allen Mitarbeitenden danken für ihre Arbeit, die sie geleistet haben. Die Rechnung ist sehr komplex. Man soll sich von dieser Komplexität aber nicht blenden lassen. Es ist wichtig, dass dies die zweitletzte Rechnung ist, die nach den Regeln des alten Finanzausgleichs erfolgt. Es ist bekannt, welches Ziel die Stadt anpeilen muss. Dieses Ziel wurde erreicht. Die Herausforderungen werden mit dem neuen Finanzausgleich grösser werden. Der Handlungsspielraum wird grösser, die Anforderungen an die Stadt werden aber ebenfalls steigen.

D. Oswald hat zur Rechnung einige Fragen. Die Passivzinsen sind gestiegen, trotz tiefem Zinsniveau. Das hat mit den Anleihen zu tun, die von der Stadt aufgenommen worden sind. Hier wird ein Instrument für eine langfristige Finanzplanung benötigt – auch wenn man die Zukunft nicht voraussagen kann. Es wäre nicht gut, wenn man bezüglich der finanziellen Mittel in die gleiche Situation käme, wie das bei den Schulhäusern der Fall ist. Auf Seite 13 der Rechnung im Teil A sind die Betriebs- und Defizitbeiträge aufgeführt, die eine Abweichung gegenüber dem Budget von rund 10,5 Millionen aufweisen. Die Vermögenserträge auf Seite 19 beinhalten primär einen Buchgewinn. Interessant ist auch, dass Abschreibungen beim Verwaltungsvermögen und Aufwertungen beim Finanzvermögen vorgenommen wurden. Gibt es da einen Zusammenhang? Thema Schule: Die Lohnkosten der Verwaltung sind um 41,3 Millionen gestiegen. Die Lohnkosten des Lehrpersonals lediglich um 37,5 Millionen. Ist das Departement damit auf dem richtigen Weg? Die langfristigen Darlehen sind

von 157 auf 320 Millionen angestiegen. Wie viel Geld hat die Stadt effektiv? Wie können die benötigten finanziellen Mittel in Zukunft generiert werden. Die Rechnung stellt das dar, was gewesen ist und kann nicht geändert werden. Man muss daraus aber die richtigen Lehren für das Budget 2012 ziehen. Das Parlament wird sich über die Prioritäten unterhalten müssen und darüber wie die notwendigen Mittel aus der laufenden Rechnung für Investitionen freigeschaltet werden können. Zudem muss diskutiert werden, wie der finanzielle Handlungsspielraum weiter erhöht werden kann. D. Oswald lädt alle herzlich ein, an dieser Diskussion teilzunehmen. Vorschläge nimmt er sehr gerne entgegen. Die Rechnung selber entspricht dem aktuellen Finanzausgleich, der fordert, dass 10 % des Eigenkapitals abgeschrieben wird. Das hat so stattgefunden und wird auch 2011 wieder so stattfinden. Die Herausforderungen beginnen aber mit dem Budget 2012. Darauf sollt sich das Parlament konzentrieren.

M. Wenger (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden für ihren Beitrag die Stadt zu organisieren und sie sicherer und lebenswert zu gestalten. Winterthur ist eine attraktive Stadt. Die Frauen sind glücklich und die Bevölkerung nimmt zu. Mit dem Ergebnis der Rechnung ist die FDP einigermassen zufrieden. Mit dem Aufwandüberschuss von 2,9 Millionen beziehungsweise 10 % zu Lasten des Eigenkapitals kann die Fraktion leben. Diesen Satz – in Bezug auf das Eigenkapital – kann sich das Parlament zum Glück ab 2012 endlich abgewöhnen. Die Stadt ist dann selber verantwortlich für das Resultat. Die Rechnung 2010 hat die Erwartungen erfüllt. Die Übersichtlichkeit ist gegeben. Der Detaillierungsgrad der Unterlagen ist sehr hoch. Der Voranschlag und die Rechnung sind recht nahe beieinander und die parlamentarischen Zielvorgaben wurden mehrheitlich erreicht. Auf einen Problempunkt wird M. Wenger später noch näher eingehen. In der Vorbesprechung haben ihn besonders die Offenheit der Ansprechpartner, die grosse Identifikation mit der Aufgabe und die hohe fachliche Kompetenz gefreut. Das ist eine gute Basis für die nächsten Jahre. Die FDP ist mit der Rechnung einigermassen zufrieden.

Zuversichtlicher wäre die FDP aber, wenn die folgenden drei Kennzahlen besser wären: 1. Bei einer Bilanzsumme von gut 1,9 Milliarden verfügt die Stadt über ein Eigenkapital von lediglich 24 Millionen. Das ist nicht viel. Wenn die Stadt eine Bank wäre, müsste sie längst aufhören. 2. Der Personalaufwand liegt 2,4 Millionen unter dem Budget. Das ist schön. Er liegt aber gleichzeitig 11 Millionen oder 2 % über dem Vorjahr, während Winterthur lediglich um 1 % gewachsen ist. 2 % höhere Ausgaben bei einem Wachstum von 1 %, diese Entwicklung muss unbedingt umgekehrt werden. 3. Der Deckungsgrad der Pensionskasse liegt bei 90,5 %, im Vorjahr waren es 98 %. Das entspricht einem gewaltigen Fehlbetrag von 143 Millionen. Das hinterlässt kein gutes Gefühl. Diese drei Kennzahlen zeigen auf, dass es noch viel zu tun gibt. Die FDP wird der Jahresrechnung zustimmen und freut sich auf einen spannenden Budgetprozess 2012. Der Geschäftsbericht ist wie immer sehr gut verfasst und interessant. Er zeigt auf, was in Winterthur passiert ist. Es steckt viel gute Arbeit in diesem Bericht. Wer den Geschäftsbericht gelesen hat, weiss über Winterthur Bescheid. Es ist aber schade, dass dem Stadtrat im Geschäftsbericht die Fähigkeit zur Selbstkritik etwas fehlt. Die FDP wird auch dem Geschäftsbericht zustimmen und dankt allen für das grosse Engagement und die gute Arbeit.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Die Rechnung des vergangenen Jahres schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 2,93 Millionen ab. Winterthur muss neu nicht mehr 10 % des Eigenkapitals abbauen. Weil der Regierungsrat die Praxis aber erst zwischen dem Druck der Rechnung und der heutigen Debatte geändert hat, konnte diese Änderung nicht mehr in die Rechnung integriert werden. Positiv ist, dass die Stadt den Sach- und Personalaufwand besser im Griff hat. Das war ein Punkt auf den die GLP/PP-Fraktion in den vergangenen Jahren kritisch hingewiesen hat. Es gibt eine Reduktion des Büroaufwandes und eine Erhöhung des Unterhaltes – was positiv zu verzeichnen ist. Auch die Steuereinnahmen zeigen in den vergangenen Jahren in die richtige Richtung. Problematisch ist allerdings, dass die Stadt Winterthur in guten Jahren nur leicht und nicht kräftig zulegen konnte. Zudem sind die Zahlen für die kommenden Jahre wenig aussagekräftig. Aus diesem Grund darf der Ein-

druck nicht verfälscht werden. Bezüglich der Finanzierung hat die Stadt Winterthur eine dreissigjährige Anleihe gemacht, was dazu führte, dass die Zinskosten – obwohl die Zinse zurzeit sehr tief sind – gestiegen sind. Die GLP/PP-Fraktion findet die aktuelle Finanzplanung trotzdem weitsichtig, weil der Stadtrat jetzt die Gelegenheit für eine längerfristige Finanzierung beim Schopf packen will. Negativ aufgefallen ist, dass die Beiträge an Dritte erneut stark gestiegen sind. Es scheint, dass der Stadtrat die Kosten in diesem Bereich nicht ganz im Griff hat – was zum Teil aber extern beeinflusst ist.

Auch in diesem Jahr sind die Investitionstätigkeiten nicht zufriedenstellend erfolgt. Der Realisierungswert ist nach wie vor zu tief. Ein weiterer Indikator für die angespannte finanzielle Lage ist der Selbstfinanzierungsgrad von 55 %, gegenüber 61 % im Vorjahr. Umgesetzt heisst das, dass die Stadt Winterthur nicht fit genug ist, um die höheren Investitionstätigkeiten aus eigener Kraft zu finanzieren. Das hat drei Ursachen: 1. Der hohe Investitionsnachholbedarf der vergangenen Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte. 2. Die steigende Investitionsnachfrage durch eine falsch gewählte Strategie zur Positionierung von Winterthur ausschliesslich als Wohnstadt. 3. Die dringend notwendige Fitness der Stadtfinanzen. Wenn M. Zeugin in der Antwort zur Interpellation betreffend Zentrales Immobilienmanagement (ZIM) liest, wie der Stadtrat mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln umgeht, dann ist er froh, dass ihm keine Haare mehr zu Berge stehen können. Der Stadtrat gibt das Geld leider lieber einfach aus, als dringend notwendige Bauten zu realisieren – wie zum Beispiel Schulhäuser. Auch dafür benötigt die Stadt Geld. Das Problem ist auch, dass sich die Stadt Winterthur – weil sie die notwendigen Investitionen tätigen muss – über Fremdkapital finanziert und damit für die künftigen Generationen Schulden generiert. Neben diesen allgemeinen Hinweisen, ist die GLP/PP-Fraktion erschrocken über die sehr hohen Verpflichtungen der Stadt. Die Problematik wurde von der AK erkannt und wird an weiteren Sitzungen traktandiert. Ebenfalls sehr unzufrieden ist die Fraktion mit dem Revisionsbericht. Es ist zwar nicht Usanz, darauf einzugehen. Trotzdem will M. Zeugin einige Punkte erwähnen: Die Selbstbeurteilung der Materialverwaltung ist geradezu grotesk – die Zielvorgaben des Parlaments werden umgangen. Einzelne Departemente haben sich – zwar mit guten Argumenten – aber trotzdem über das Personalstatut hinweggesetzt. Einzelne Profitcenter haben einen negativen Betriebsvorschuss über Jahre vor sich hergeschoben, obwohl die finanzrechtlichen Verordnungen klare Aussagen darüber enthalten. Die GLP/PP-Fraktion wird die Rechnung annehmen, aber nicht ohne den Hinweis, dass künftig keine derartigen Revisionsberichte der Finanzkontrolle mehr akzeptiert werden. Selbstverständlich nimmt die Fraktion auch den Geschäftsbericht dankend ab.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion bedankt sich herzlich bei allen Mitarbeitenden für die Jahresrechnung 2010 und wird ihr zustimmen. Die Rechnung weist bekanntlich einen Aufwandüberschuss von knapp 3 Millionen auf, was als ausgeglichen bezeichnet werden kann. Das ist natürlich erfreulich und verdient einen Dank an alle beteiligten Departemente. Trotzdem gibt es einige Unschönheiten zu bemängeln. Die Rechnung schliesst zum Beispiel mit einem um 36 Millionen höheren Aufwand ab als budgetiert. Dieser hohe Aufwand konnte zwar kompensiert werden durch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen. Wie lange das aber anhält, ist fraglich. Die Frage stellt sich, wie kann die zunehmende Steigerung des Aufwandes in verschiedenen Bereichen ausgeglichen werden? Bekanntlich besteht ein Investitionsrückstau. Die CVP betrachtet diese Situation mit gewissen Bedenken. Wie kann das alles in Zukunft finanziert werden. Gesunde Finanzen sind allen wichtig. Das heisst, dass sich alle Beteiligten in Zukunft überlegen müssen auf was verzichtet werden kann und wo Kostensteigerungen gestoppt werden können. Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz erhält diese Diskussion eine grosse Bedeutung. Denn zukünftig ist die Stadt finanztechnisch unabhängiger und es muss kein Aufwandüberschuss in der Höhe von 10 % des Eigenkapitals mehr budgetiert werden. Das bedeutet brisante finanzpolitische Diskussionen. Der CVP-Fraktion ist die langfristige finanzpolitische Stabilität wichtig. Das ist mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz möglich. In Zukunft werden die Budgetdebatten um einiges härter geführt werden, wenn es darum geht, die Stabilität der Finanzplanung sicherzustellen. Es stehen auch wichtige finanzpolitische Fragen an – beispielsweise um wie viel das Eigenkapital erhöht werden soll, wie hoch der Verschuldungsgrad sein soll und wie das alles mit dem riesi-

gen Investitionsbedarf in Einklang gebracht werden kann. Das ist eine finanzpolitische Herausforderung, die allen viel abverlangt.

Investitionen sind sehr wichtig. Das heisst aber, es muss auch verzichtet werden und das wird die zukünftige politische Diskussion prägen. Die CVP hofft, dass alle Parteien am gleichen Strick ziehen werden. Damit sich die Stadt Winterthur gesund entwickeln und die notwendigen Investitionen tätigen kann. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen und übersichtlichen Geschäftsbericht 2010. Dieser ist wie immer sehr gut leserlich und beinhaltet diverse Statistiken und Zahlen. Er zeigt die Entwicklung der einzelnen Departemente sehr gut auf. Auch die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Geschäftsbericht mehr Selbstkritik enthalten sollte. Er sollte auch aufzeigen, welche Ziele nicht erreicht worden sind. Das kommt im Geschäftsbericht – besonders in der Einleitung – etwas zu kurz. Der Stadtrat hat sich auch bisher immer gut dargestellt. Ansonsten wird die CVP Fraktion den Geschäftsbericht abnehmen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion wird die Rechnung abnehmen. Die Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Budgetdisziplin ist gut. Die Mehrausgaben von rund 36 Millionen konnten durch Minderausgaben und Mehreinnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen werden. Bei den Mehrausgaben sind zwei Positionen aufgefallen – die Passivzinsen und die Einlagen in die Spezialfinanzierung. Die Passivzinsen, die um 5,6 Millionen höher sind als budgetiert, sind auf die Revisionskosten einer Anleihe zurückzuführen. Das ist eine Investition in die Zukunft, davon wird die Stadt noch lange profitieren. Die höheren Einlagen in die Spezialfinanzierung haben als Hintergrund bessere Betriebsergebnisse in verschiedenen Betrieben. Diese konnten inzwischen höhere Einlagen in die Betriebsreserven tätigen. Zusammenfassend kann man von einer Punktlandung sprechen. Die Grüne/AL-Fraktion möchte an dieser Stelle auch den Geschäftsbericht loben. Er gibt den nackten Zahlen ein Gesicht. Die Fraktion wird den Geschäftsbericht abnehmen.

S. Stierli (SP): Auch die SP wird eintreten und die Rechnung und den Geschäftsbericht abnehmen. Die Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Stadtrat ist haushälterisch mit dem Geld umgegangen. Er hat gute Schwerpunkte gesetzt und bringt die Stadt weiter. Das wird der Gemeinderat feststellen können, wenn am nächsten Montag wichtige Sachgeschäfte behandelt werden. Der Stadtrat schaut in die Zukunft. Selbstverständlich wünscht sich die SP-Fraktion, dass Anliegen, die ihr wichtig sind, stärker forciert und engagierter umgesetzt werden. Aber das ist ein politischer Prozess. Heute geht es um die Rechnung und mit dieser ist die SP-Fraktion zufrieden.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Gesamthaft gesehen, hat die Rechnung ausgeglichen abgeschlossen und entspricht den Vorgaben des Kantons. Das ist gut. Auf der Einnahmenseite konnten mehr Steuereinnahmen generiert werden, was für die Stadtkasse und für ihre Entwicklung positiv ist. Bei den Ausgaben ist die Steigerung in der Sozial- und Erwachsenenhilfe beunruhigend. Die Gründe dafür sind sicher vielfältig. Hier sollte man genau hinschauen und auch die Frage klären, welche Kosten auf die Gemeinden überwältzt werden. Erfreulich ist, dass die budgetierten Kosten des Sach- und des Personalaufwands unterschritten wurden. Die Ausgabendisziplin wurde eingehalten. Beim Nachholbedarf der Investitionen konnte aufgeholt werden. Einige Projekte wurden umgesetzt. Dieser Punkt wurde in den vergangenen Jahren immer wieder bemängelt. Jetzt ist ein Ansatz vorhanden, der in Zukunft weiterverfolgt werden muss. Die Reform des Zürcher Finanzausgleichs, die in der Volksabstimmung angenommen wurde, bildet für die Zukunft eine positive Ausgangslage. Wie das Budget in Zukunft genau aussehen soll, muss in einem längeren Prozess entschieden werden. Der Geschäftsbericht gibt auf informative Weise Einblick in die verschiedenen Departemente. Er ist gut zu lesen und zu verstehen. Man kann nachvollziehen, wie gearbeitet wurde. Die EVP/EDU-Fraktion dankt der Verwaltung für ihre Arbeit für die Öffentlichkeit und wird auf die Rechnung eintreten und den Geschäftsbericht abnehmen.

Stadträtin V. Gick dankt für die differenzierte und überwiegend positive Aufnahme der Rechnung. Es ist in der Tat so, dass der Stadtrat einen guten Rechnungsabschluss für das Jahr 2010 präsentieren kann. Die Punktlandung ist gelungen. Auf der einen Seite hat die Stadt den gesamten Finanzausgleich von 120 Millionen beansprucht. Das Ergebnis – inklusive den rund 10 % Eigenkapitalentnahme – entspricht den Vorgaben. Das Eigenkapital hat sich Ende Dezember 2010 auf knapp 24 Millionen reduziert. Im Mai 2011 sind gute Neuigkeiten eingetroffen. Die Direktion des Innern konnte sich dazu durchringen, nach der positiven Abstimmung über den Finanzausgleich, die Vorschrift, dass die Stadt jedes Jahr 10 % des Eigenkapitals aufbrauchen muss, rückwirkend auf das Jahr 2010 aufzuheben. Das heisst aber nicht, dass sich an der Rechnung noch etwas ändert. Der Stadtrat weiss aber, dass die Stadt eine Vergütung erhalten wird. Im Jahr 2011 kann der Eigenkapitalverbrauch direkt korrigiert und das Eigenkapital wieder auf 26,9 Millionen aufgestockt werden. Das ist sehr erfreulich. Damit kann das Eigenkapital geschont werden. Auch für das Jahr 2011 muss die Entnahme aus dem Eigenkapital nicht getätigt werden. Allerdings hängt das im laufenden Jahr von den Umständen ab. Der Abschluss könnte noch negativ beeinflusst werden. Je nachdem kann damit gerechnet werden, dass die Stadt mit 27 statt mit 21 Millionen in den neuen Finanzausgleich startet.

Der neue Finanzausgleich wurde mehrfach angesprochen. Damit fängt tatsächlich ein neues Zeitalter an. Die Stadt Winterthur verliert die Defizitgarantie, die sie mit dem Steuerfussausgleich bisher erhalten hat. Dafür gewinnt sie Handlungsspielraum zurück. Das heisst aber, dass die Stadt künftig selber für eine gute Ausgangslage und genügend Reserven sorgen muss, die auch in schlechten Zeiten ein Überdauern sichern. Deshalb wird das Parlament in Zukunft verschiedene Themen diskutieren müssen – zum Beispiel die Höhe des Eigenkapitals. Es muss geklärt werden, welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit das Eigenkapital aufgestockt werden kann, um über zwei oder drei schlechte Jahre hinwegkommen zu können. Die Älteren im Rat haben erlebt, dass die Stadt 2002 ein Defizit von 40 Millionen eingefahren hat, weil die Steuern massiv eingebrochen sind. Das Eigenkapital muss deshalb eine gewisse Grösse aufweisen. Das ist ein Parameter, der diskutiert werden muss. Man muss aber auch über den Steuerfuss diskutieren können. Diese Diskussion wurde noch nie geführt, weil die Stadt den Maximalsteuerfuss erheben musste, diesen wird es künftig nicht mehr geben. Die Stadt hat damit eine neue Aufgabe, sie muss eine Finanzpolitik definieren. Stadt- und Gemeinderat müssen für eine sichere Zukunft sorgen. Der Stadtrat hat begonnen die neue Situation zu diskutieren. Diese Diskussion wird weitergeführt. Nach dem 15. Mai 2011 ist definitiv klar, dass das neue Finanzausgleichsgesetz eingeführt wird. Darauf muss sich die Stadt jetzt einstellen.

Der Präsident der AK hat moniert, dass einige Produktgruppen den Globalkredit nicht einhalten konnten. Das ist aus den verschiedensten Gründen erfolgt. Es ist richtig, dass bereits anlässlich der letzten Rechnungsdebatte das Vorgehen bei möglichen Budgetüberschreitungen diskutiert wurde. Der Stadtrat hat ein Grundsatzpapier verfasst und eine Handlungsanleitung definiert. Das Papier wurde in die Vernehmlassung geschickt. Sobald alle Berichte eingetroffen sind, wird der Stadtrat erneut darüber debattieren und einen Beschluss fassen. Es ist auch dem Stadtrat ein Anliegen, dass das Finanzrecht eingehalten wird. Es braucht klare Regelungen, die für alle gelten. Es gibt aber verschiedene Gründe, die dazu führen, dass ein Globalbudget nicht eingehalten werden kann. Jeder Einzelfall muss geprüft werden. Die AK hat im Rahmen der Rechnungsberatung den Wunsch geäussert, dass der Stadtrat die Gebundenheitserklärungen der Kommission unterbreitet. Diesen Wunsch hat Stadträtin V. Gick dem Stadtrat weitergeleitet. Dieser ist zum Schluss gekommen, dass er dem berechtigten Anliegen nachkommen will. Die Beschlüsse sollen deshalb neu der AK zur Beratung unterbreitet werden. Diverse Fragen wurden von D. Oswald aufgeworfen, die zum Teil bereits in der AK diskutiert worden sind. Es würde den Rahmen sprengen erneut auf Details einzugehen. Das Thema der Passivzinsen will Stadträtin V. Gick aber herausgreifen. Diese Zinsen sind im Rechnungsjahr 2010 tatsächlich belastet worden durch eine sehr langfristige Anleihe. Die Stadt versucht jetzt den tiefen Zins anzubinden. Wenn die Zinsen steigen und gleichzeitig die Investitionstätigkeit zu stark steigenden Abschreibungen führt, wäre das für Winterthur fatal. In den vom Anstieg der Passivzinsen betroffenen Anleihen sind 3

Millionen einmalig enthalten. Das wird sich also nicht wiederholen. Der Stadtrat verfolgt die Praxis, bei grossen Anleihen die ganzen Kosten sofort in der laufenden Rechnung zu bezahlen und sie nicht über die ganze Laufzeit der Anleihe zu verteilen. Damit werden spätere Rechnungen nicht mehr belastet.

Der sinkende Selbstfinanzierungsgrad wurde moniert. Das ist die direkte Folge der starken Investitionstätigkeit, die jetzt wahrgenommen werden muss. Die Stadt muss erhebliche Investitionen tätigen. Deshalb kann der Selbstfinanzierungsgrad nicht gehalten werden. Fitness der Finanzen: Die Stadt kann stark steigende Steuereinnahmen verzeichnen. Das heisst, die Politik des Stadtrates, den Wirtschaftsstandort zu stärken, trägt Früchte. Stadträtin V. Gick kann aber die Kehrseite dieses Erfolgs nicht verschweigen. Sobald sich die Steuereinnahmen in Winterthur positiv entwickeln, ist die Stadt darauf angewiesen, dass die Steuereinnahmen im ganzen Kanton im gleichen Masse steigen. Sonst sinkt der Ressourcenausgleich. Wie aus den neuesten Zahlen für 2011 zu entnehmen ist, wird der Steuerkraftausgleich für das laufende Jahr tiefer ausfallen, als im Voranschlag. Stadträtin V. Gick hofft, dass es sich bei den sinkenden Steuereinnahmen im Kanton lediglich um eine Delle handelt. Sonst wäre Winterthur auch in den kommenden Jahren markant betroffen von einem sinkenden Ressourcenausgleich. Stadträtin V. Gick hofft, dass sie dem Parlament einige Zusatzinformationen liefern konnte. Sie bittet die Ratsmitglieder, die Rechnung nach der Detailberatung abzunehmen und dankt für die positive Aufnahme.

Detailberatung

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt, Stadtentwicklung, Theater Winterthur, Bibliotheken, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten, Rechtspflege: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Kulturelles und Dienste abgenommen.

Departement Finanzen

Finanzkontrolle, Finanzamt, Informationsdienste (IDW), Steuerbezug, Immobilien, Städtische Allgemekosten / Erlöse, Steuern und Finanzausgleich: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Finanzen abgenommen.

Departement Bau

Tiefbau, Entsorgung, Vermessung, Baupolizei, Städtebau: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Bau abgenommen.

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt, Stadtpolizei, Betrieb Parkhäuser und Parkplätze, Feuerwehr, Zivilschutz, Melde- und Zivilstandswesen, Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Sicherheit und Umwelt abgenommen.

Departement Schule und Sport

Materialverwaltung, Sonderschulung, Familienergänzende Kinderbetreuung, Schuldienste, Berufsbildung, Sportamt: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft Der Gemeinderat hat die Rechnung und den Geschäftsbericht der WOV-Betriebe des Departements Schule und Sport abgenommen.

Nicht WOV

Schulbehörden, Schulbauten, Ferienkolonien, Beträge, Schulbetrieb Kindergärten, Liegenschaften Kindergärten, Obligatorischer Unterricht Primarschule, Fakultativer Unterricht Primarschule, Liegenschaften Primarschule, Obligatorischer Unterricht Oberstufe, Fakultativer Unterricht Oberstufe, Liegenschaften Oberstufe, Sprachheilkindergarten, Kleinklasse C, Therapeutischer Unterricht, Auswärtige Sonderschulen: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Rat die Rechnung und den Geschäftsbericht der Nicht WOV-Bereiche abgenommen.

Departements Soziales

Vormundschaftsamt, Jugend- und Familienhilfe, Sozial und Erwachsenenhilfe, Asylwesen, Prävention und Suchthilfe, Alterszentren, Spitex, Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich, Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP): Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Soziales abgenommen.

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur, Stadtbus Winterthur, FinöV Stadt, Forstbetrieb, Stadtgärtnerei: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Rat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Technische Betriebe abgenommen.

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei, Ombuds- und Datenaufsichtsstelle: Keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit hat der Rat die Rechnung abgenommen.

Weiteres

Funktionale Gliederung, Bilanz, Übersicht Departementssekretariate, Kontrolle der Investitionskredite, Beiträge an Dritte, Abschreibungstabelle, Spezialfinanzierung, Übersicht Verteilung Stadtratskredite, Fonds aus privaten Geldern, Ehrentafeln, Kennzahlen, Beteiligungsspiegel, Gewährleistungsspiegel: Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin D. Schraft: Es wurden keine anderslautenden Anträge gestellt. Damit sind Jahresrechnung, die laufende Rechnung, Investitionsrechnung, Bilanz, die Einlagen in die beziehungsweise die Entnahmen aus den Produktegruppen-Reserven, die Globalrechnungen der Produktegruppen und der Geschäftsbericht abgenommen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2011/043: Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2010

D. Oswald (SVP) vertritt N. Gugger, der in Urlaub ist. Er dankt G. Ludwig, Leiter der Finanzkontrolle und seinen Mitarbeitenden herzlich für die wertvollen Dienste. Es ist für den Gemeinderat sehr wichtig, dass die Rechnung von Fachleuten kontrolliert wird, die auch die Verwaltung entsprechend unterstützen können. An dieser Stelle dankt D. Oswald für den Bericht und möchte auf einige Punkte hinweisen: Punkt 4.1, Abrechnung von Investitionskrediten: Man hat festgestellt, dass die Anzahl nicht abgerechneter Projekte, das heisst 1 Jahr nach Abschluss des Projektes, weiter ansteigt. 2008 waren es 10 Projekte, 2009 12 Projekte und im Moment sind es 30 Projekte, die noch abgerechnet werden müssen. D. Oswald ist überzeugt, dass der Stadtrat die notwendigen Massnahmen in die Wege leiten wird, damit die Projekte sauber abgerechnet werden. Die Leute, die regelmässig Projekte betreuen, erstellen die Abrechnungen in der Regel rechtzeitig. Das Problem liegt vor allem bei den Leuten, die eher selten Projekte betreuen. Es ist aber wichtig, dass rechtzeitig abgerechnet wird. Ein wichtiger Punkt für die Finanzkontrolle ist die Aus- und Weiterbildung des Personals. D. Oswald nimmt diesen Punkt sehr positiv wahr. Das wird auch im Geschäftsbericht erwähnt – daraus wird ersichtlich, dass die Aus- und Weiterbildung den Verantwortlichen ein Anliegen ist. Die Finanzkontrolle legt grossen Wert auf Qualitätssicherung. Sie hat einen Zirkel mit den Kantonen Basellandschaft und Thurgau gebildet. Es ist sinnvoll ein Beziehungsnetz ausserhalb der Stadt aufzubauen, um wichtige Inputs zu erhalten. In diesem Sinne dankt D. Oswald der Finanzkontrolle und empfiehlt die Annahme des Berichts.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt G. Ludwig und seinem Team für den professionellen und transparenten Bericht. Der Tätigkeitsbericht zeigt die Mängel in der Rechnung auf, die behoben werden müssen – zum Beispiel negative Bruttozinsabweichung, Kreditüberschreitungen etc. Auch die 30 fehlenden Abrechnungen sind negativ aufgefallen. Es wäre wünschenswert, dass der Gemeinderat über die Wichtigkeit der Abrechnungen informiert wird. Dass die Kontrolle der städtischen Rechnung notwendig ist, zeigt die Auflistung der Abweichungen. Die Komplexität einzelner Vorgänge ist enorm. Brisant wird es aber, wenn fragwürdige Berechnungen das Bild der Leistungsfähigkeit massiv verändern. Passiert ist das in der Materialverwaltung. Wenn im Vergleich einmal mit Mehrwertsteuer und einmal ohne Mehrwertsteuer gerechnet wird oder die Mengenrabatte im Fachhandel nicht berücksichtigt werden, kommt ein ungutes Gefühl auf. Deshalb bittet M. Wenger die Ratsmitglieder, die Interpellation zu dieser Fragestellung zu unterstützen. Die FDP nimmt den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle im positiven Sinn und mit grosser Wertschätzung zur Kenntnis.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Finanzkontrolle erfüllt ihre Aufgabe sehr gut. Sie setzt die vorhandenen Mittel effizient und effektiv ein und stellt damit eine wichtige Finanzaufsicht dar, die auch in kritischen Punkten ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Stadtrat wahrt. Der Tätigkeitsbericht zeigt grossmehrheitlich ein gutes Bild der Stadtverwaltung und ein sehr gutes Bild der Finanzkontrolle. Die GLP/PP-Fraktion dankt der Finanzkontrolle für ihre kritische konstruktive Haltung gegenüber den Stadtfinanzen und dankt den Mitarbeitenden für die weiterhin gute Arbeit.

S. Stierli (SP): Die SP-Fraktion schliesst sich dem Dank an. Die Institution Finanzkontrolle ist ganz wichtig für die Stadt. Die Finanzkontrolle muss unabhängig sein und genau hinschauen. Die fünf Mitarbeitenden leisten hervorragende Arbeit. Der Gemeinderat und die Sachkommissionen können sich auf sie verlassen. Wenn die Kommissionen für Spezialfragen den Rat der Fachleute benötigen, sind sie zur Auskunft bereit. Dafür dankt die SP herzlich.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion schliesst sich dem Dank für die Arbeit und den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle an. Wichtig ist einerseits was der Bericht aufzeigt und andererseits was der Gemeinderat daraus macht. Die aufgezeigten Punkte müssen zum einen in den Departementen umgesetzt werden, zum anderen müssen sie vom Gemeinderat bei der Budgetierung einbezogen und diskutiert werden. Aus dem Bericht müssen die entsprechenden Lehren gezogen werden. R. Harlacher dankt nochmals für den guten Bericht. Die Finanzkontrolle hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

G. Ludwig, Leiter Finanzkontrolle dankt seinen Mitarbeitenden für die Arbeit und der Verwaltung, dem Stadtrat und dem Gemeinderat für die gute Aufnahme.

Ratspräsidentin D. Schraft: Es wurde kein anderslautender Antrag gestellt. Damit ist der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle abgenommen. Die Ratspräsidentin teilt mit, dass die Ombudsfrau V. Sobotich krank ist. Sie schlägt vor, das Traktandum 6 auf den nächsten Montag 27. Juni 2011 zu verschieben. Es werden keine Einwendungen gemacht, damit wird das Traktandum verschoben.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2010/135: Kredit von CHF 44'140'000 für den Neubau einer Primarschulanlage Zinzikon, Oberwinterthur

L. Banholzer (EVP/EDU): Für den Bau des geplanten Schulhauses Zinzikon ist ein Landabtausch zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen notwendig. Der Stadt sollen dadurch keine Kosten entstehen, wenn der Landabtausch wertgleich realisiert werden kann. Für das Projekt wird ein Kredit von 44,14 Millionen beantragt. Die Baukosten sind auf 36,24 Millionen veranschlagt. In der Beratung in den Sachkommissionen Bau und Betriebe (BBK) und Bildung, Sport und Kultur (BSKK) ist die Höhe dieses Kredits kritisiert worden. In der Weisung zum Projektierungskredit hat man damals von 17,5 Millionen gesprochen und jetzt sind es rund 36 Millionen. Allerdings konnte die Differenz grossmehrheitlich erklärt werden. Früher wurde von 12 Klassenzimmern und einer Einfachturnhalle ausgegangen. Jetzt ist eine Schulanlage für 2 Grundstufen- und 14 Primarklassen mit den notwendigen Infrastruktur- und Nebenräumen und eine 2-fach Turnhalle geplant. Wenn man das ausrechnet, kommt man auf ein Total von 34,1 Millionen. Das liegt bereits nahe bei den erwähnten 36,24 Millionen. Trotzdem sind die Kommissionen der Meinung, dass das Projekt nicht optimal geplant wurde. Von einigen Kommissionsmitgliedern wurde ein Neustart oder zumindest substantielle Einsparungen gefordert. Nachdem klar wurde, dass ein Neustart grosse zeitliche Verzögerungen zur Folge hätte und keine Mehrheit im Rat finden würde, hat das Departement verschiedene Varianten für Einsparungen vorgeschlagen. Nach der Vorstellung des Gesamtprojekts wird L. Bahholzer im Detail darauf eingehen. Das vorliegende Projekt ist aus einem Wettbewerb hervorgegangen und umfasst 16 Klassenzimmer und die entsprechende Infrastruktur wie Gruppenräume, Handarbeitszimmer und eine Doppeltturnhalle. Durch diesen Neubau sollen die Provisorien und der 45-jährige Pavillon am Stofflerenweg aufgehoben werden. Auch die anderen Schulhäuser im Kreis Oberwinterthur können den veränderten Bedürfnissen angepasst werden.

Das Schulhaus besteht aus 4 Gebäudeteilen, je 2 Stockwerke hoch, die um die mittige grosse Doppeltturnhalle gruppiert sind. Durch diese Anordnung entstehen grosszügige offene Flächen vor den Klassenzimmern, die als multifunktionale Lernlandschaft genutzt wer-

den können. Ab dem 1. Stock der einzelnen Häuser führen Fluchtwege nach aussen, damit sind die Flächen von feuerpolizeilichen Auflagen befreit. Für die Turnhalle ist ein begehbare grünes Flachdach vorgesehen. Eine grosse Spielwiese und ein Allwetterplatz gehören zum Schulhaus. Das Schulhaus ist auch von allen vier Seiten her zugänglich und signalisiert so Offenheit gegen aussen. Es soll für das Quartier für verschiedene Anlässe nutzbar sein. Im ursprünglichen Projekt wurden die neuen Richtlinien für den Schulhausbau berücksichtigt – das heisst, pro Klassenzimmer steht ein Gruppenraum zur Verfügung und es sind Therapieräume und Räume für die schulergänzende Betreuung vorgesehen. Die Doppeltturnhalle soll 32 mal 28 Meter messen. Das alles führt zu einem grossen Flächenbedarf, der hohe Kosten verursacht. In der BBK und in der BSKK wurden Einsparungsmöglichkeiten diskutiert und eine Überarbeitung des Projekts vorgeschlagen. Im überarbeiteten Projekt wurde durch verschiedene Massnahmen die Gesamtfläche um ca. 14 % reduziert und Vereinfachungen gesucht. Folgende Reduktionen wurden in Betracht gezogen: Schulbereich: Auf den Blockzeitenraum soll verzichtet werden. Stattdessen sollen Synergien mit den Hörtümllichkeiten genutzt werden. Auf den Therapieraum und den Psychomotorikraum soll ebenfalls verzichtet und Synergien mit dem Schulhaus Neuhegi gesucht werden. Zwei weitere Gruppenräume sollen in die Lernlandschaft verschoben werden und im Untergeschoss soll der Lagerraum reduziert werden. Sportbereich: Die Turnhallenmasse sollen auf 28,5 mal 24 Meter reduziert werden. Die Hallenhöhe soll ebenfalls reduziert werden. Die Aussengeräte sollen in einem separaten Gebäude untergebracht werden.

Funktion und Konstruktion: Die Zugänge und die Dachlandschaft wurden vereinfacht auf ein Scheddach wird verzichtet, ebenfalls auf das Freiluftzimmer. Mit diesen Änderungen werden Unterhalt und Betrieb ebenfalls günstiger. Gebäudetechnik: Die Belüftung der Turnhalle wird reduziert und auf 225 Personen ausgerichtet. Die Reduktion im Schulbereich beträgt 1,2 Millionen. Die Verkleinerung der Turnhalle ergibt Minderausgaben von 1,05 Millionen. Die übrigen Punkte ergeben eine Reduktion von 0,57 Millionen. Total soll der Kredit um 2,82 Millionen reduziert werden. Das heisst, die neuen Anlagekosten inklusive Projektierungskredit betragen 34,51 Millionen. Die geplante Bauweise soll nicht geändert werden. Das Gebäude soll im Standard Minergie Eco ausgeführt werden. Für Wärme und Warmwasser dürfen nur erneuerbare Energien verwendet werden. Die Mehrkosten für den Minergie-Standard von rund 650'000 Franken sind separat aufgeführt. Die Wärmeerzeugung wird durch eine Holzschnitzelanlage erfolgen, die von Stadtwerk ausserhalb des Schulareals erstellt wird und die auch für weitere Wohnüberbauungen Wärme liefern kann. Die Holzschnitzelanlage ist nicht Gegenstand dieses Kredits. Aufgrund der schlechten Bodenverhältnisse muss für den Bau eine Pfahlfundation bis in die festen Schichten vorgesehen werden. Die Kosten von 989'000 Franken sind separat ausgewiesen. Für das Schulhaus sind 24 Parkplätze vorgesehen. Für den Vereinsbetrieb können zusätzlich 50 Parkplätze angeboten werden. Weitere Kosten: Das Gebäude ist mit rund 25 Millionen eingesetzt, die Umgebung mit 2,367 Millionen, Baunebenkosten 2,539 Millionen, Ausstattungen 3,065 Millionen. Das ergibt ein Zwischentotal von 34,48 Millionen. Die totalen Erstellungskosten inklusive Reserven des Stadtrates betragen gemäss Weisung 37,24 Millionen. Mit den vorgestellten Reduktionen betragen die Baukosten noch 34,51 Millionen inklusive Projektierungskredit.

Die BBK ist der Meinung, dass mit den vorgeschlagenen Einsparungen die Funktion des Schulgebäudes nicht substantiell beeinträchtigt wird und hat die Einsparungen mit 0 zu 9 Stimmen angenommen. Auch die BSKK hat den Sparmassnahmen grossmehrheitlich zugestimmt. Der Stadtrat schlägt das Projekt, gemäss den Änderungen der Kommissionen, als Weisungsprojekt vor. Der neue Antrag lautet wie folgt: „Für den Neubau einer Primarschulanlage in Zinzikon wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von 41,41 Millionen bewilligt. Die Kreditbewilligung erstreckt sich auch auf die Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten.“ Der Baukredit in der Höhe von 41.41 Millionen soll dem Volk im September 2011 vorgelegt werden. Die EVP/EDU-Fraktion hat von Anfang an das Projekt gemäss Weisung des Stadtrates unterstützt, auch wenn die Fraktionsmitglieder über die hohen Kosten nicht sehr glücklich sind. Aber die aktuelle Situation zeigt, dass Schulhäuser mit einer gewissen Flexibilität geplant werden müssen. Mit der Verkleinerung der Turnhalle und dem Weglassen von einigen Räumen werden zwar Einsparungen

erreicht, aber es gibt keinerlei Spielraum mehr für weitere Bedürfnisse. Deshalb wird die EVP/EDU-Fraktion die Anträge der SP unterstützen und nur die Reduktionen im Bereich der Funktion und Konstruktion sowie Gebäudetechnik unterstützen.

Ratspräsidentin D. Schraft hält fest, dass die Anträge 2, 3 und 4 der Weisung unverändert bleiben.

Stadtrat St. Fritschi: Der Stadtrat schliesst sich den Kommissionsanträgen an.

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Diskussion bezieht sich jetzt auf einen Kredit von 41,41 Millionen für den Bau der Primarschulanlage Zinzikon.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Referentin hat bereits die Fakten erläutert. Es handelt sich um ein gutes Projekt, der vorgesehene Bau ist zweckmässig und dank Minergie P kann in Zukunft Energie gespart werden – mittel- und langfristig können auch Kosten gespart werden. Die Baukosten sind jetzt um rund 6 % reduziert worden. Das ist nicht unbedingt zielführend. Einerseits liegt dieser Betrag in der Kostenvoranschlagstoleranz von 10 %. Andererseits handelt es sich um ein Schulhaus, das bereits bei der Fertigstellung überlastet sein wird. Das heisst, die Stadt muss bereits während der Bauphase Provisorien planen, die sich hoffentlich nicht zu „Providurien“ ausweiten werden. Damit werden wieder Mehrkosten generiert. Was die Turnhalle anbelangt, hat sich J. Altwegg von Spezialisten erklären lassen, dass in Winterthur ein Notstand herrscht. Die geplante Turnhalle ist zu klein. Den Antrag der SP, die Kürzungen zu streichen, wird die Grüne/AL-Fraktion unterstützen. Wichtig ist, dass mit dem Bau des Schulhauses rasch begonnen wird. Die Schülerinnen und Schüler in Oberwinterthur werden es danken, wenn der Schulraum möglichst bald zur Verfügung steht. Grundsätzlich stimmt die Grüne/AL-Fraktion dem Kredit zu.

W. Langhard (SVP): Die SVP ist sich bewusst, dass sowohl in Oberwinterthur wie auch in Hegi dringend Schulraum benötigt wird. Der Stadtrat hat selber gemerkt, dass auch in anderen Stadtteilen Probleme vorhanden sind. W. Langhard fragt sich, warum nicht früher reagiert worden ist. 2005 hat der Stadtrat Kenntnis genommen von der Schulraumprognose. 2006 hat die Zentralschulpflege das Raumprogramm genehmigt. 2008 wurde das Projekt Amaryllis vorgestellt. Ebenfalls 2008 hat der Gemeinderat den zweiten Zusatzkredit für Projektierungsarbeiten genehmigt. 2009 wurde mit der Projektierungsüberarbeitung begonnen. 2010 hat ein Kostenvoranschlag vorgelegen. Ebenfalls 2010 hat der Bauausschuss des Stadtrates das Projekt genehmigt. Die Baukosten wurden mit 36,24 Millionen veranschlagt. Im Dezember 2010 hat die BBK über die Vorlage beraten und jetzt – 6 Monate später – debattiert der Gemeinderat darüber. Die SVP macht sich Gedanken darüber, dass die Schulraumplanung 5 Jahre und 6 Monate gedauert hat. Die Fraktion ist überzeugt, wenn ein einfacheres Projekt gewählt worden wäre, hätte es weniger Änderungen gegeben. Man hätte vielleicht ein zweites Schulhaus, das dringend in Hegi gebaut werden muss, schneller in Angriff nehmen können. Auch in Winterthur könnte man zwei gleiche Schulhäuser mit einer grösseren Turnhalle bauen.

Die SVP versteht das Projekt Amaryllis nicht ganz. Es kommt wie ein Einkaufszentrum daher. Die Schulzimmer sind rund um ein Zentrum angeordnet. Das erinnert an eine Ladenlandschaft. Das Schulhaus kostet gut 36 Millionen – ursprünglich waren es 17 Millionen. Eine lückenlose Erklärung, warum sich die Kosten verdoppelt haben, ist nicht erfolgt. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn einfach erklärt wird, man habe die Turnhalle vergessen. Die SVP-Fraktion ist auch mit der Jury und der Baukommission nicht zufrieden. Die Jurymitglieder haben ein spezielles Projekt ausgewählt – das Projekt Amaryllis. Damit hat auch ein Wunschkonzert begonnen. Man hat am Projekt herumgeschraubt und immer wieder die neuesten Schulraumrichtlinien berücksichtigt. Das Raumprogramm wurde aufgestockt. Eigentlich müsste man nicht alle Richtlinien des Regierungsrates eins zu eins übernehmen. Weder die Jury noch die Baukommission scheinen sich Sorgen über die Kosten gemacht zu haben. Dieses Vorgehen will die SVP in Zukunft nicht mehr akzeptieren. Sie will früher Ein-

fluss nehmen – sei das über die BBK oder über den Gemeinderat. Jetzt heisst es, dass der Verlust an Zeit und Geld zu gross wäre, wenn die Vorlage zurückgewiesen wird.

Zum Projekt: Das blumenförmige Schulhaus hat vier Zugänge. Die Klassenzimmer sind im 1. Obergeschoss angeordnet. Jedes Zimmer hat eine Fluchtwegtüre nach aussen. Es ist bekannt, dass eine Fluchtwegtüre von innen immer geöffnet werden kann. Damit ist diese Türe lediglich durch einen Riegel gegen aussen abgeschlossen und kann mit einem Schraubenzieher aufgebrochen werden. Nach der neuen Sicherheitsverordnung der Feuerpolizei dürfen die Schulzimmer nicht mehr abgeschlossen werden. W. Landhard möchte wissen, wie die Sicherheit im Haus gewährleistet werden kann. Es ist nicht verständlich, dass lediglich ein WC und zwei Pissiers für 308 Schülerinnen und Schüler gebaut werden. Das reicht nicht aus. Die Lehrpersonen werden kein separates WC erhalten. Störend ist auch, dass der Geräteraum der Turnhalle ausserhalb der Halle gebaut wird. Der Transport von Geräten oder Matten ist nicht ungefährlich, die Sicherheit ist damit nicht gewährleistet. Der Unterricht im 1. Stock wird durch den Betrieb in der Turnhalle gestört. Es gibt keine Hausmeisterwohnung im Gebäude. Wie kann die Sicherheit am Abend gewährleistet werden? Wer wird die Türen und Fenster kontrollieren, wenn die Vereine die Räume verlassen haben? Mit den vier Haupteingängen wird sich der Aufwand für die Reinigung erhöhen. Die SVP hätte gerne den Rückweisungsantrag durchgezogen, weil sie das Projekt nicht versteht. Die Fraktion hat zähneknirschend zugestimmt, nachdem die Einsparungen vom Stadtrat akzeptiert wurden. Es handelt sich aber um einen Tropfen auf den heissen Stein. Laut Stadtrat sind trotz Einsparungen die Bedürfnisse der Schule gedeckt. Es wird keine grossen Einschränkungen geben. Einiges konnte sogar verbessert werden. Die Zusatzrunde war richtig und erfolgreich. Das hat auch der Stadtrat bestätigt. Das Departement kann hinter dem Projekt stehen. W. Langhard bittet die Ratsmitglieder, dem Projekt in der gekürzten Form zuzustimmen.

Ch. Baumann (SP): Die SP-Fraktion stellt zwei Anträge, um die Reduktionen im Schul- und Sportbereich rückgängig zu machen. Bevor Ch. Baumann diese Anträge begründet, möchte er sich grundsätzlich zur Behandlung von Baugeschäften äussern. Die Behandlung der Weisung in der Kommission hat sehr lange gedauert und war nicht sehr effizient. Das hat auch daran gelegen, dass nicht klar war, wer für welchen Bereich zuständig ist. Die Kommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) hat sich eingeschaltet, als die Kommission Bau und Betriebe (BBK) anfang über pädagogische Schulbaurichtlinien, Raumprogramme und pädagogische Abläufe zu diskutieren. Diese Themen sind das Kerngeschäft der BSKK. Aus diesem Grund wollte sich die Kommission einbringen. Ähnliche Probleme hat Ch. Baumann bereits bei anderen Bauvorhaben festgestellt. Er will deshalb zuhause des Protokolls festhalten, dass die Zuständigkeiten bei Bauvorhaben erneut sauber geklärt werden müssen – auch für die Fraktionspräsidenten. Wer ist für was zuständig? Wann wird eine Kommission beigezogen? Wer schaut ein Nutzungskonzept oder ein Betriebskonzept sachlich und fachlich an? Das müsste neu geklärt werden. Aus Sicht der BSKK ist das dringend notwendig. Die Stadt wird noch weitere Schulhäuser bauen. Dabei sollen die Anliegen der Bildung rechtzeitig eingebracht werden können.

Rücknahme Kürzung: Ch. Baumann zeigt anhand der Pläne die Unterschiede zwischen der ursprünglichen Variante des Stadtrates und dem Vorschlag der BBK. Die Schulhäuser werden für die nächsten 50 Jahre gebaut. Das Schulhaus muss auch für künftige Entwicklungen Raum bieten. Das Schulhaus, wie es in der ursprünglichen Weisung geplant war, wurde auf die aktuellen Bedürfnisse ausgelegt. Alle wissen, dass in Oberwinterthur und allgemein in der Stadt ein grosses Wachstum stattfindet. Wenn jetzt ein bereits ausgepresster Vorschlag unterbreitet wird, sind die Probleme vorprogrammiert. Klar ist auch, wenn in den nächsten 50 Jahren ein Pavillon errichtet werden muss, kostet das mit dem Kauf, dem Auf- und Abbau viel mehr als mit der Kürzung eingespart werden kann. Das Tragische ist, dass mit dieser Kürzung jegliche Entwicklungsmöglichkeiten verhindert werden. Die SP stellt folgende Anträge: Antrag 1: „Die in der bereinigten Weisung vorgesehenen Einsparungen gegenüber der ursprünglichen Weisung des Stadtrates im Schulbereich im Umfang von 1,2 Millionen werden rückgängig gemacht / gestrichen.“ Das bedeutet, dass folgende Massnahmen nicht umgesetzt werden: Verzicht auf einen Blockzeitenraum, einen Therapieraum, einen Psy-

chomotoriktherapieraum, die Verschiebung von zwei weiteren Gruppenräumen in die Lernlandschaft und die Reduktion des Lagerraums im Untergeschoss. Ch. Baumann hat Verständnis, dass die gestiegenen Raumbedürfnisse im Schulbereich Probleme verursachen. Er weist aber darauf hin, dass das Volk dem neuen Volksschulgesetz in einem demokratischen Prozess zugestimmt hat. Die Schulbaurichtlinien sind aus diesem demokratischen Prozess entstanden. Es ist nicht richtig, wenn in Winterthur das Raumprogramm selbständig gekürzt wird und damit den Schülerinnen und Schülern, den Lehrpersonen und dem Unterricht im Allgemeinen schlechtere Bedingungen geboten werden. Die SP hat das Projekt von Anfang an unterstützt. Das Schulhaus ist auf die heutigen Bedürfnisse ausgelegt. Die Gesellschaft hat sich in den letzten 30 Jahren stark verändert. Das Freizeitverhalten der Kinder hat sich verändert und auch die Berufswelt fordert von den Kindern andere Qualifikationen. Das geplante Schulhaus entspricht genau den veränderten Bedürfnissen. Die BBK schlägt vor, auf die Therapie- und Psychomotoriktherapieräume zu verzichten und in der Lernlandschaft sollen zusätzliche Gruppenräume entstehen. Das führt zu Problemen, weil die Lehrpersonen die Kinder, die in diesen Gruppenräumen arbeiten, aufgrund der räumlichen Distanz kaum beaufsichtigen können. Weiter ist es zweifelhaft vier Gruppenräume in der Lernlandschaft anzusiedeln. Damit werden zum Teil etwa 20 Kinder in diesen Räumen arbeiten. Die Lehrpersonen müssen dann nicht nur die Klasse im Klassenzimmer beaufsichtigen, sondern auch auf die Kinder achten, die in der Lernlandschaft arbeiten. Was für die SP ebenfalls bedenklich ist, sind die fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist auch so, dass ein Handarbeitsraum verloren geht, der Entwicklungsmöglichkeiten bei veränderten Bedürfnissen geboten hätte.

Die SP stellt im Sportbereich folgenden Antrag: „Die in der bereinigten Weisung vorgesehenen Einsparungen im Sportbereich gegenüber der ursprünglichen Weisung des Stadtrates im Umfang von 1,05 Millionen werden rückgängig gemacht / gestrichen.“ Es geht darum, dass die Turnhalle von ursprünglich 32,5/28,8 m auf 28,5/24 m reduziert werden soll. Die Höhe soll ebenfalls reduziert werden und der Aussengeräteraum wird in einem separaten Gebäude untergebracht. Auch diese Kürzung will die SP rückgängig machen. Zur Erinnerung: Bereits bei der Planung dieses Schulhauses wurde als Sparmassnahme eine kleinere Hallengrösse gewählt, als für Ballspiele als Norm vorgesehen ist. Man hat reduziert und dabei die Schulbaurichtlinien angewendet, die eine Grösse von 32,5/28 m vorschreiben. Jetzt soll noch mehr reduziert werden. Diese Kürzung hat zur Folge, dass für die Trainings von Basketball, Unihockey, und Volleyball die Halle nicht mehr geteilt werden könnte. Das heisst, dass nur noch ein Verein am Abend diese Halle nutzen könnte. Mit dieser Kürzung würden die Möglichkeiten für Wettkämpfe in den genannten Sportarten entfallen. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und auf die Hallenknappheit ist diese Planung wenig weit-sichtig. Für die Kinder und die Sportvereine in Oberwinterthur wäre die ursprüngliche Hallengrösse ein wesentlicher Gewinn. Alle Fraktionen waren bereit, die Anliegen der Sportvereine mitzutragen. In der gemeindrätlichen Gruppe Sport wurden die Mitglieder immer wieder über die Probleme und Anliegen der Vereine informiert. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder, nicht nur mit Worten, sondern mit einer konkreten Tat für diese Anliegen einzustehen und den Anträgen der SP zuzustimmen.

Ratspräsidentin D. Schraft bittet Ch. Baumann die genauen Zahlen anzugeben.

Ch. Baumann (SP): Im Schulbereich sollen Kürzungen von 1,2 Millionen und im Sportbereich Kürzungen von 1,05 Millionen gestrichen werden.

F. Albanese (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Kürzungsanträge der BBK und der BSKK und spricht sich für den Kredit von 41,41 Millionen aus. Gesetzten Fall, dass die GLP/PP-Fraktion den Antrag in Bezug auf die Kunst am Bau stellt, wird die CVP diesen Antrag ebenfalls gutheissen. Die Schulhausplaner hatten im Rahmen des vorliegenden Projekts bereits genügend künstlerische Freiheit. Sie haben sich mit dem romantischen Projekt Amaryllis ein verspieltes und teures Schulhaus geleistet. Dadurch waren vier Kommissions-sitzungen notwendig. Am Ende waren die wenigsten Kommissionsmitglieder ganz zufrieden. Nach dem Beugen und Strecken bleibt jetzt ein Flickwerk – sowohl für die Planer wie auch

für das Parlament. Der Gemeinderat hat die Pflicht darauf zu achten, dass mit den Steuergeldern sorgsam umgegangen wird. Die finanziellen Vorgaben des ursprünglichen Schulhausprojekts sind masslos überschritten worden. Dadurch hat man massiv an der Grundverantwortung des Parlaments vorbeigeplant. Eine solche Kröte schluckt die CVP-Fraktion zum letzten Mal und beugt sich nur zwangsläufig dem Diktat des akuten Schulraummangels. Die CVP behält sich in Zukunft ausdrücklich vor, eine entsprechende Vorlage mit Entschiedenheit abzulehnen, wenn finanzplanerisch erneut so deutlich am Ziel vorbeigeschossen wird.

B. Meier (GLP/PP): Nach den ersten Projektierungskrediten in den Jahren 2005 und 2006 hat der Gemeinderat 2007 einen Projektierungskredit für ein Schulhaus mit 12 Klassen für 17,5 Millionen beschlossen. Als die Weisung im Dezember 2010 vorgelegt wurde, hat das Schulhaus 37 Millionen gekostet. Die GLP/PP-Fraktion anerkennt, dass das Projekt neu 16 Zimmer statt 12 umfasst, und dass das neue Volksschulgesetz mehr Raum pro Klasse verlangt. Trotzdem wird überdeutlich, dass dieses Projekt terminlich und kostenmässig aus dem Ruder gelaufen ist. Mit dem Projekt Amaryllis hat der Stadtrat aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht einen Fehlentscheid getroffen. Der Rest bleibt dem Volk überlassen. Die GLP/PP-Fraktion hat sich zuerst für eine Rückweisung des Projekts stark gemacht, kann jetzt aber, nach den vorgeschlagenen Kürzungen, das Projekt unterstützen im Interesse der Schülerinnen und Schüler, die auf eine rasche Realisierung angewiesen sind. Die Anträge der SP wird die GLP/PP-Fraktion ablehnen.

M. Zehnder (GLP/PP) stellt folgenden Kürzungsantrag: „Der Kredit für den Bau des Schulhauses Zinzikon wird um 352'000 Franken reduziert. Dies geschieht durch die Streichung der Untergruppe 504 aus dem CRB-Baukostenplan: „Wettbewerb Kunst am Bau“ und Gruppe 98: „Kunst am Bau“.“ Da das Schulhaus Zinzikon nicht ein rein funktionaler Bau, sondern ein spezielles, schönes Projekt ist, sollte eigentlich das Ziel, Kunst am Bau zu realisieren, schon erfüllt sein. Deshalb kann von den zusätzlichen Aufwendungen abgesehen werden. Aus dem Jurybericht geht hervor, dass dieses Schulhaus ein Kunstobjekt ist. Im Jurybericht steht: „Der Entwurf zeugt vom Willen, für die Schule neben der Erfüllung der funktionalen Anforderungen auch eine Art Versinnbildlichung des Themas Mensch und Gemeinschaft zu schaffen.“ In den Schulbaurichtlinien steht: „Mit Infrastruktur und Verkehrsfläche ist sparsam umzugehen. Es ist auf eine einfache Gebäudestruktur zu achten.“ Das wurde mit dem Projekt Amaryllis nicht umgesetzt. Man hat keine einfache Form gewählt, sondern eine speziell aufwändige Form – eben Kunst. Kunst am Bau soll gemäss den allgemeinen Richtlinien über Kunst im öffentlichen Raum zur Förderung der darstellenden Kunst an jedem Bauvorhaben der Stadt realisiert werden. Weiter steht in diesen Richtlinien, dass bei allen Bauvorhaben, wenn immer möglich, das Schaffen der bildenden Künstlerinnen/Künstler miteinbezogen werden soll. Dabei geht es darum, das schöpferische Potential von Kunstschaffenden möglichst frühzeitig in ein Bauprojekt einfließen zu lassen. Da der Architekt durch die ausserordentliche Form des Projekts Amaryllis bereits das künstlerische Schaffen erbracht hat, kann auf eine Realisierung der Kunst am Bau verzichtet werden. Die Kürzung von 352'000 Franken soll in der Untergruppe 504 und der Gruppe 98 vorgenommen werden. Wie die Zahlen genau zustande kommen, kann M. Zehnder nicht im Detail sagen. Er hat aber 1 % der Bausumme angenommen. In der Weisung sind für Untergruppe 504, Wettbewerb Kunst am Bau 60'000 Franken vorgesehen und für Gruppe 98, Kunst am Bau 292'000 Franken. Diese Beträge sind zu streichen. Wenn jetzt die Baukosten reduziert werden, sollte sich auch der Betrag für die Kunst am Bau entsprechend reduzieren. Das wichtige des Antrags ist aber, dass die Untergruppe 504 und die Gruppe 98 gestrichen werden. Weil das Schulhaus bereits ein Kunstwerk ist, sollte auf eine zusätzliche Installation von Kunst am Bau verzichtet werden. M. Zehnder bittet die Ratsmitglieder, diesem Antrag zuzustimmen.

A. Bosshart (FDP): Das vorliegende Geschäft wurde in zwei vorberatenden Kommission und in der FDP-Fraktion intensiv diskutiert. Der Bau des Schulhauses hat einiges zu reden gegeben. In erster Linie aufgrund der Kosten, die um einiges höher ausgefallen sind als ursprünglich geplant. In den Kommissionen wurde hart um den Kompromiss gerungen, der

jetzt vorliegt. Das Projekt ist um knapp 3 Millionen reduziert worden. Wie bei einem Kompromiss üblich, haben alle ein wenig nachgeben müssen. Der Sport bei der Turnhalle, die Schule bei den Spezial- und Gruppenräumen und letztlich auch der Steuerzahler, der ein Projekt, das noch immer teurer ist als ursprünglich angenommen, finanzieren muss. Die FDP-Fraktion wird die Anträge der Kommission unterstützen und auch dem Antrag der GLP/PP-Fraktion zustimmen. Auch das ist ein Zeichen für einen Kompromiss, der von allen gewisse Opfer verlangt. Die vorgeschlagenen Konzessionen sind zumutbar, aus diesem Grund wird die FDP die Anträge der SP ablehnen.

H. Iseli (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion wird keiner Sparvariante zustimmen. Sie tritt für die ungekürzte Vorlage ein. Sparen ja, aber sinnvoll sparen und nicht so, dass einfach dem Parteiprogramm genüge getan wird. Das Übel ist in der Tatsache zu finden, dass der Teuerungseffekt, seit der ersten Besprechung des Projekts bis heute, bei über 100 % liegt. Hier liegt der Hund begraben. Warum der Stadtrat nicht bereits früher darüber informiert hat, kann H. Iseli nicht sagen. Es ist zu hoffen, dass daraus Lehren gezogen werden. Es muss allen klar sein, dass der Stadtrat jeder erdenklichen Änderung zustimmen wird. Die Hauptsache ist, das Schulhaus kann gebaut werden. Das grösste Problem ist der Zeitdruck. Alles andere interessiert im Moment nicht. Dass der Gemeinderat als Vertreter des Volkes jetzt ebenfalls Fehler machen muss, ist nirgends festgeschrieben. Das Parlament stimmt über eine Vorlage ab, die noch vom Volk abgesegnet werden muss. H. Iseli ist überzeugt, dass die mündigen Bürgerinnen und Bürger eher einem zukunftssträchtigen Neubau mit grösster Ausnutzung zustimmen werden, als einer um 6 % billigeren Sparvariante, die das Potential nicht ausnutzen kann. Heute wird über einen Bau abgestimmt, der 50 Jahre oder mehr halten soll. Mit der Sparvariante fallen diverse Räume dem Rotstift zum Opfer. Ebenso wird die Turnhalle auf ein Mass reduziert, das heimischen Hallensportarten einen Wettkampf verwehrt. Und das in einer Ausgangslage, in der eine Initiative wie ein Damoklesschwert über Winterthur hängt, von der man nicht weiss wie es ausgeht. Auch sollten Fehler – wie der Bau einer Halle mit den falschen Massen – nur einmal passieren. Das Beispiel Schulhaus Wyden sollten alle noch vor Augen haben. Mit einem solchen Vorgehen müsste die Stadt Winterthur in Seldwyla umgetauft werden. Sind die Politiker nicht verpflichtet die Steuergelder optimal zu nutzen und einzusetzen? Deshalb sollte ein zukunftsorientiertes und lange nutzbares Schulhaus dem Volk empfohlen werden. Was ist wichtiger, das Parteiprogramm oder die effektive Bürgernähe? H. Iseli stellt den Antrag mit Namensaufruf abzustimmen, damit für die nächsten Wahlen die Parteivertreter ersichtlich sind. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder der nicht gekürzten Variante zuzustimmen, den Schülern und Sporttreibenden in Winterthur zuliebe.

D. Oswald (SVP) gratuliert der BBK. Sie hat das Geschäft genau geprüft, sehr gute Kommissionsarbeit geleistet und einen tragfähigen Kompromiss erarbeitet. Dazu braucht eine vorberatende Kommission die notwendige Zeit. Es gehört zum taktischen Spiel, den Gemeinderat unter Zeitdruck zu setzen, in der Hoffnung, dass er das Geschäft nur noch abnicken kann und keine Diskussion mehr möglich ist. Das war hier nicht der Fall, dazu gratuliert D. Oswald der Kommission. Die Diskussion, wie sie von linker Seite geführt wird, könnte zur Ansicht führen, dass mit dem Kompromiss weniger Schulraum zur Verfügung stehen wird. Die Anzahl der Klassenzimmer wird aber nicht verändert. Lediglich die Nebenräume werden anders genutzt. Dass das geht, wurde fachlich abgeklärt. Es bedeutet lediglich, dass in Winterthur nicht überall die Maximalvariante gewählt werden kann. Das Sachwissen ist von der SP angesprochen worden. D. Oswald nimmt zur Kenntnis, dass die SP der Meinung ist, dass diejenigen, die in der Schule tätig sind, wissen wie Schulhäuser gebaut werden müssen. Deshalb geht D. Oswald davon aus, dass die SP die SVP unterstützen wird, wenn es um die Anzahl Polizisten geht, weil die Polizisten wissen, wie die Polizei arbeiten muss. Zum demokratischen Prozess: Es ist richtig, das Volk hat über das Volksschulgesetz abgestimmt. Das Resultat wird von allen akzeptiert. Die SVP hat bereits vor der Abstimmung erklärt, dass ein Ja sehr hohe Kosten verursachen wird. Alle anderen haben das abgestritten. Die Ansicht der SVP bewahrheitet sich jetzt. D. Oswald erinnert daran, dass die SP die Partei ist, die demokratische Entscheide nicht akzeptiert – die Steuerabstimmung wird zum Beispiel von

Mitgliedern der SP vor Gericht gezogen, weil mit falschen Zahlen operiert worden sei. Wenn nach diesen Regeln gehandelt würde, müsste auch das Volksschulgesetz vor den Kadi gezerrt werden, weil offenbar auch hier mit falschen Zahlen operiert wurde. D. Oswald dankt den Ratsmitgliedern, dass sie die Vorschläge der Kommission unterstützen. Die SVP wird diesen Vorschlägen zustimmen. Sie wird auch dem Streichungsantrag betreffend Kunst am Bau der GLP/PP-Fraktion zustimmen.

Y. Beutler (SP) spricht zum Antrag der GLP/PP-Fraktion den Beitrag für die Kunst am Bau zu streichen. Der Ruf der Stadt Winterthur reicht weit über die Landesgrenzen hinaus. Kunst soll nicht nur hinter vier Wänden stattfinden und Kunst soll sich auch nicht mit den Gemälden aus dem letzten Jahrhundert erschöpfen. Kunst gehört in den öffentlichen Raum, Kunst gehört zu den Menschen und Kunst soll sich auch weiter entwickeln. Das städtische Engagement und die Unterstützung für zeitgenössische Kunst und Künstler hat eine lange Tradition in Winterthur. Bereits seit 1945 berät eine Kunstkommission den Stadtrat, der sich selber Richtlinien auferlegt hat, wenn es darum geht Projekte für Kunst am Bau zu unterstützen. So sind in der Stadt wichtige und wertvolle Werke entstanden. Die berühmte Skulptur bei der Maurerschule hat bereits einen Preis gewonnen. Die Streichung des Beitrags für Kunst am Bau ist ein fatales Zeichen. Allenfalls könnte man darüber diskutieren, ob für künftige Projekte 1 % der Baukosten, wenn diese sehr hoch sind, tatsächlich sinnvoll ist. Man hätte darüber in der Kommission diskutieren können, wenn der Antrag rechtzeitig gestellt worden wäre. Das Argument, dass der Bau an und für sich schön genug wäre und es keine Kunst mehr braucht, verfängt nicht. Es dürfte auch der GLP bekannt sein, dass Schönheit erst durch den richtigen Schmuck zur Geltung kommen. Y. Beutler würde es sehr begrüßen, wenn die GLP ihr Kunstverständnis über die Ästhetik von Solarzellen hinaus unter Beweis stellen würde. Die SP widersetzt sich dem Wettbewerbsantrag der Sparpartei des Jahres, der im Rat herrscht. Sie wird den Sparantrag nicht unterstützen. Sie ist und bleibt eine Partei, die sich auch für die schönen Dinge einsetzt, auch wenn sie etwas kosten.

A. Steiner (GLP/PP): Es wurde mehrmals erwähnt – seit vier Jahren wird am Schulhaus in Zinzikon geplant. Ursprünglich sollte die Planung in zwei Jahren abgeschlossen sein. Das Projekt wurde immer wieder verändert. Das verteuert und verzögert den Bau. Das Projekt wird am Ende fast zu einer Bastelarbeit. Es ist enorm wichtig, dass in Zukunft die Planung sauber vorbereitet wird und keine Änderungen mehr gemacht werden. Danach müssen die Pläne umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass vier Jahre an einem Projekt gearbeitet wird. Die Kosten sind aus dem Ruder gelaufen. Damit bleibt nichts anderes übrig als zu kürzen. Wo kann am einfachsten gekürzt werden? Ein Beispiel ist die Turnhalle. Die Turnhalle kann verkleinert werden. Damit kann gut 1 Million eingespart werden. Die Sportlerinnen und Sportler müssen darunter leiden, dass diese Kürzung notwendig ist, weil der Stadt das Geld fehlt für so teure Projekte. In Winterthur gibt es keine Turnhalle, die gross genug ist für ein Meisterschaftsspiel im Basketball. Leider wird sich das auch mit diesem Projekt nicht ändern. Damit das Schulhaus nicht gefährdet wird, wird auch A. Steiner der gekürzten Variante zustimmen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Der Kanton schreibt mit dem Raumprogramm vor, wie ein Schulhaus samt Turnhalle gebaut werden muss. Ein Kanton notabene dessen Parlament bürgerlich dominiert ist. Jetzt soll sich Winterthur um diese Vorgaben füttern. Das heisst, dass der Kanton kein Geld zur Verfügung stellen wird. Es handelt sich dabei um 3,3 Millionen. Das ist einiges mehr als mit den Kürzungen eingespart werden soll. J. Altwegg rät dringend davon ab, die Vorgaben des Kantons zu ignorieren, wenn der Kanton sich beteiligen soll. Im Weiteren fällt auf, dass das Milizsystem leicht überfordert war. So wird die Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Baukommission breit geschlagen. Dabei spielt die Partei keine Rolle. In der Baukommission arbeiten Fachleute, die Entscheidungen fällen. Die Anzahl Toiletten zu diskutieren, macht ebenfalls keinen Sinn. Dieser Detaillierungsgrad ist nicht zielführend und liegt nicht in den Kompetenzen des Gemeinderates. Seit 2005 hat sich das Projekt stark verteuert, weil in dieser Zeit sehr viel passiert ist, auch auf kantonaler Ebene. In der BBK wurde minutiös aufgezeigt, warum das Schulhaus viel teurer geworden ist – unter anderem

weil mehr Klassenzimmer gebaut werden müssen und weil der Kanton mehr Räume fordert. Offenbar gibt es unterschiedliche Normen, was die Darlegung der Fakten anbelangt. J. Altwegg will niemandem unterstellen, dass er Fakten nicht anerkennt. Es ist aber klar, dass die Vorgaben des Kantons eingehalten werden müssen. Kunst am Bau: Es ist billig in dieser Hinsicht das eine Prozent zu sparen, das Künstlern zur Verfügung steht. Die Welt wäre grau und leer, wenn Künstler nicht arbeiten könnten. Kunst ist aber oft eine brotlose Sache und wenn die öffentliche Hand etwas zum Auskommen der Künstler beitragen kann, ist es übel, wenn gespart wird. Aktuell kann man auf den Umzug der Technikumsabsolventen Bezug nehmen. Diese Tradition ist für die ZHAW sehr wichtig. Die Diplomanden hätten besseres zu tun, als diesen Umzug zu organisieren. Sie müssen eine Diplomarbeit schreiben. Trotzdem verzichten sie nicht auf dieses wertvolle Instrument mit dem auch Werbung gemacht wird. Kunst ist zwar immer ein Streitfall, aber Sparen ist nicht angebracht. Klar haben die Architekten mit dem Projekt Amaryllis nicht einfach einen hässlichen quadratischen Klotz entworfen. Das wäre energetisch sogar das Beste gewesen, wäre aber für die Schüler nicht sehr einladend. Es ist wichtig festzuhalten, dass Kunst am Bau nicht von Architekten, sondern von Künstlern realisiert wird. J. Altwegg möchte dringend beliebt machen, nicht an der Kunst am Bau zu sparen.

Ch. Baumann (SP): D. Oswald hat erklärt, dass für einmal auf die Maximalvariante verzichtet werden kann, indem Gruppenräume eingespart werden. Die meisten Schulhäuser in Winterthur entsprechen den heutigen Schulbaurichtlinien nicht. Die nötigen Gruppenräume fehlen. Bei Neubauten muss sich die Stadt aber an die Richtlinien halten. Es ist unverständlich, dass die SVP nicht begreift, wie die Kosten entstanden sind. Die Gründe wurden in der Kommission genau aufgezeigt. Ein wesentlicher Faktor ist der Entscheid des Gemeinderates, freiwillige Tagesschulen anzubieten. Zudem wurden immer wieder Vergleiche mit dem Kredit für das Schulhaus Wyden angestellt. Es hat sich gezeigt, dass die Kosten für das Schulhaus Zinzikon nicht überladen sind, wenn man die Steigerung des Raumbedarfs mit einbezieht. Auch die GLP/PP-Fraktion hat die Kosten kritisiert und hat das Schulhaus mit einem Vorzeigeprojekt in Zug verglichen. Auch diesem Vergleich hat das Schulhaus Zinzikon standgehalten. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder, im Sinne einer modernen Pädagogik zu entscheiden.

A. Bosshart (FDP): Die Zustimmung zum Antrag der GLP/PP-Fraktion ist der FDP schwergefallen, weil ihr die Kunstförderung sehr am Herzen liegt. In diesem Sinne soll das kein Präjudiz darstellen, sondern ein Einzelfall bleiben. Dass der Stadtrat eine künstlerische Architektur ausgewählt hat, ist sehr zu begrüssen. Unter diesem Aspekt handelt es sich um ein gelungenes Projekt.

O. Seitz (SP): Es ist einfach zu sparen. Die Turnhalle kann verkleinert werden und die Kinder können auf dem Korridor in der Lernlandschaft lernen. Das ist doch zu einfach. D. Oswald wolle die SP in die Pflicht nehmen, damit sie beim Polizeigebäude konsequent ist und denen, die das Gebäude nutzen Glauben schenken, wenn sie ihre Bedürfnisse darlegen. Die Frage ist, ob die SVP ebenso konsequent ist und erklären, dass die Polizisten ebenso gut auf dem Korridor arbeiten können, wie im Büro. Die Ratsmitglieder müssen sich überlegen, was für die Kinder sinnvoll ist. Es geht nicht an, dass einfach bei den Kindern, die sich nicht gut wehren können, gespart wird.

F. Landolt (SP): Die Mitglieder der BBK werden sich der Stimme enthalten, aber nicht, weil ihnen die schulischen Anliegen nicht wichtig wären. Sie kommen aber zu einem anderen Schluss als die SP-Fraktion. Es handelt sich auch um eine Frage der Ressourcen, eine Frage der Finanzen. Jede Million, die ausgegeben wird, fehlt an einem anderen Ort. Eine der wichtigsten Ressourcenfragen ist die ökologische Grösse, das heisst die Fläche, die pro Person benötigt wird – sei das beim Wohnen, in der Schule oder im Bürobereich. Hier soll ein kleiner Schritt in diese Richtung getan werden.

M. Zehnder (GLP/PP): Y. Beutler hat erklärt, dass Kunst in den öffentlichen Raum gehört. Ein Schulhaus ist im öffentlichen Raum und wenn die Schule selber ein Kunstwerk ist, dann handelt es sich um Kunst im öffentlichen Raum. Der Änderungsantrag ist kein Zeichen gegen die Richtlinien. Die GLP/PP-Fraktion will auch nicht über Prozentzahlen diskutieren. Hier wird ein Schulhaus gebaut, das bereits ein Kunstwerk ist. Deshalb ist die Fraktion bei diesem einen Bau dafür, dass die Kunst am Bau nicht realisiert wird. Das soll aber keine Signalwirkung haben. J. Altwegg hat erklärt, dass Künstler gefördert werden sollen und verweist auf den Umzug der Diplomanden der ZHAW. Dieser Vergleich ist heikel, weil diese Kunst gratis ist. Wenn gesagt wird, dass man auch einen hässlichen Block hinstellen könne, dann muss man sich fragen, ob das Schulhaus Wyden ein hässlicher Block ist. In der Weisung ist die Kunst am Bau mit 352'000 Franken angegeben. Aus diesem Grund ist der Antrag, wie er von M. Zehnder bereits zu Anfang gestellt worden ist, richtig. Um diese Summe sollen die Baukosten reduziert werden.

Ch. Ulrich (SP): Es ist eine dramatische Situation, dass Winterthur über keine Halle verfügt in der Meisterschaften im Basketball durchgeführt werden können. Wahrscheinlich haben die Vorgänger in diesem Rat versichert, dass zwar ein Bedarf vorhanden ist, aber kein Geld. Deshalb ist es umso wichtiger, dass jetzt die Halle gebaut wird. Wenn sie jetzt nicht gebaut wird, wird Winterthur auch in Zukunft keine geeignete Halle haben. Deshalb ist es wichtig, dass der Kredit nicht gekürzt wird. Ch. Ulrich bittet die Ratsmitglieder, ein Zeichen für den Sport zu setzen und nicht auf Kosten des Hallensports zu sparen.

N. Aibl (SVP): In Hegi soll eine Dreifachturnhalle gebaut werden. Dort wird es auch ein Spielfeld für Basketball geben. Es ist gesagt worden, dass die Welt ohne Kunst grau und leer wäre. Winterthur wird oft als Gartenstadt beschrieben mit viel Wald in der Umgebung. Die Stadt ist nicht grau und leer, wenn beim Schulhaus Zinzikon auf die Kunst am Bau verzichtet wird. Das Gebäude ist bereits künstlerisch hochstehend. Kunst ist heute ein Wirtschaftsfaktor. Es geht oft um Millionenbeträge. Kunst ist nicht einfach brotlos. Winterthur bleibt auch ohne dieses Kunstwerk lebenswert.

H. Iseli (EVP/EDU): Seit Jahren gibt es in Winterthur zu wenige Turnhallen. Durch den Bau einer Dreifachturnhalle und durch das Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB) wird dieser Mangel nicht behoben. Man müsste drei oder vier neue Hallen haben. Winterthur braucht jetzt Hallen. Auf das IZLB und auf die Turnhalle in Hegi muss noch jahrelang gewartet werden. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder, die Kürzungen abzulehnen.

W. Steiner (SVP): Aus dieser Diskussion sollte eine Lehre gezogen werden. Es ist unerhört, dass die Kosten für ein Schulhaus so viel höher sind als im ersten Voranschlag. Um das in Zukunft zu verhindern, gibt es nur eine Lösung. Die Stadt muss einen Generalunternehmer beauftragen, der den Voranschlag einhält. Dann muss man nicht mehr über grössere oder kleinere Turnhallen oder über Kunst am Bau diskutieren, weil alles im Auftrag enthalten ist. Wenn die Stadt in Zukunft so weiter macht, wird es immer wieder Situationen geben, die nicht akzeptabel sind.

Stadtrat St. Fritschi: Hat heute Abend ein Blatt vorgefunden auf dem steht, dass die BBK mit 9 zu 0 Stimmen den Einsparungen von 2,73 Millionen zugestimmt hat und die BSKK mit 5 zu 2 Stimmen. Der Stadtrat hat sich in falscher Sicherheit gewiegt. Er dachte, das seien gute Voraussetzungen, um dieses Geschäft durch den Gemeinderat zu bringen. In den Kommissionen konnte ein Kompromiss gefunden werden, der nicht so schlecht ist, wie er von einzelnen Parteien dargestellt wird. Verschiedenste Kreise können hinter dem Kompromiss stehen, der in der BBK und der BSKK gefunden werden konnte. Die Schulbehörde kann dahinter stehen, auch wenn einige Räume gestrichen werden. Das Sportamt ist auch mit einer verkleinerten Turnhalle einverstanden. Es wird noch immer eine der grössten Turnhallen sein in der Stadt Winterthur. Es stimmt, in Neuhegi ist eine Dreifachturnhalle geplant, die für Wettkämpfe in verschiedenen Hallensportarten taugt. In Zinzikon sollen keine

Wettkämpfe durchgeführt werden, weil es ein sehr sensibles Quartier ist. Auch der Architekt hat erklärt, dass die Idee des Projekts nach wie vor erhalten bleibt. Stadtrat St. Fritschi kann ebenfalls hinter dem Kompromiss stehen. Alle mussten etwas hergeben. Aber letztendlich handelt es sich um ein gutes Projekt. Es ist nicht so, dass Provisorien benötigt werden, wenn das Schulhaus steht. Der Platz reicht für die Schülerinnen und Schüler auch noch in 2 oder 3 Jahren. Die Ratsmitglieder müssen anerkennen, dass 2,73 Millionen eingespart werden können. Das war der Wunsch der beiden Kommissionen. Dieser Betrag würde ausreichen, um einen Pavillon mit 6 Klassenzimmern und 4 Gruppenräumen zu errichten, der flexibel eingesetzt werden kann. Es ist leider nicht mehr so, dass die Schüler jeweils am gleichen Ort sind wie die Schulhäuser. Die Stadt muss flexibler sein. Der vorliegende Kompromiss birgt viele Vorteile. Es konnten sogar Einzelheiten verbessert werden. Mit dem Kompromiss wird das Gebäude ökologischer. Auch im Gebäudeunterhalt können Verbesserungen erzielt werden, weil die Scheddächer weggelassen werden. Auch die Lernlandschaft konnte verbessert werden, weil die Räume optimaler gestaltet werden. An der Gebäudequalität wird nicht gespart. Die Stadt will Schulhausbauten, die 50 bis 100 Jahre halten und einem hohen ökologischen Standard entsprechen. Stadtrat St. Fritschi wäre froh, wenn die Ratsmitglieder dem Kredit und damit auch dem Kompromissvorschlag zustimmen würden. Er dankt allen, die mitgeholfen haben, diesen Kompromiss zu finden. Das betrifft das Departement Bau, der Architekt, die Schulbehörde und das Sportamt. Sie alle haben mitgeholfen, einen guten Kompromissvorschlag zu finden.

Stadtrat St. Fritschi ist sich bewusst, dass die Schulen immer mehr zu einem gesellschaftlich unersetzlichen Teil der Stadt werden. Das zeigt auch die Diskussion – eine Schule ist nicht nur ein Gebäude, das während den Schulstunden von den Schülerinnen und Schülern besucht wird. Es ist ein Lebensraum, der vom frühen Morgen bis am Abend genutzt wird. Schulhäuser sind auch für die Vereine und für die Quartiere wichtig. Das ist gut so. Trotzdem ist es nicht möglich, eine Eier legende Wollmilchsau zu kreieren, die am Ende noch weniger kostet. Es ist nicht so, dass ein Generalunternehmer das Raumprogramm, das jetzt vorgesehen ist, für die ursprünglich veranschlagten 17 Millionen bauen könnte. Auch ein Generalunternehmer käme ungefähr auf die gleichen Zahlen. Das Schulhaus Wyden wurde mit einem Generalunternehmer gebaut. Die Kosten sind ungefähr im gleichen Rahmen wie in Zinzikon, wenn man das Raumprogramm vergleicht. Weil im Gemeinderat die WC-Anlagen immer ein wichtiges Thema sind, will sich Stadtrat St. Fritschi auch dazu äussern. Es sind WC-Anlagen für die Lehrpersonen vorgesehen. Über die Mehrkosten für das Schulhaus wurde viel diskutiert. Man muss aber mit einbeziehen, dass sich der Flächenbedarf gegenüber dem ursprünglichen Projekt um mehr als 50 % erhöht hat. Deshalb ist es auch nicht möglich, den ursprünglichen Voranschlag einzuhalten. W. Langhard hat moniert, dass keine Hauswartwohnung im Schulhaus vorgesehen ist. Das würde aber noch mehr kosten. Der Stadtrat kann heute dem Gemeinderat ein gutes Projekt vorlegen, das er auch vor dem Volk gut vertreten kann. Es handelt sich nicht um ein Flickwerk. Der Architekt steht nach wie vor hinter diesem Projekt. Die Grundidee, dass mehrere Eingänge verschiedene Nutzungen erlauben, ist nach wie vor erhalten und trägt dem Umstand Rechnung, dass ein Schulhaus nicht nur für den Schulbetrieb genutzt wird.

Stadtrat St. Fritschi bezieht sich auf das Votum von H. Iseli, der ja nicht dafür bekannt ist, dass er viel Geld ausgeben möchte. Heute lernt der Stadtrat H. Iseli von einer ganz anderen Seite kennen. Für den Sport gibt es offenbar keine Kostengrenze. Winterthur ist eine sehr aktive Stadt. Aber in Zinzikon soll kein Wettkampfmekka entstehen. Es ist gut, wenn die Halle für Trainingszwecke genutzt wird. Dafür ist sie geeignet. Für die Junioren kann die Halle zudem für Wettkämpfe genutzt werden. Das reicht aus – in Anbetracht dessen, dass in Hegi eine Dreifachturnhalle entstehen soll. Der Projektionskredit ist bereits durch den Gemeinderat bewilligt worden. Deshalb kann von einer Seldwylpolitik nicht die Rede sein. Die Schulhäuser werden immer teurer, das hat sich auch anlässlich einer Zusammenkunft der Gemeindepräsidenten Winterthur Land gezeigt. Das haben auch die Landgemeinden erkannt. Der Stadtrat hat den Kanton angefragt, ob auch der Kompromiss akzeptiert wird. Die Antwort war positiv. Der Kanton wird den Staatsbeitrag ausrichten. Die Richtlinien des Kantons sind auch dazu da, dass eine Gemeinde am Zürichsee nicht zuviel baut. Diese Gemeinden könnten auch 20 Therapieräume bauen. Der Kanton legt die Richtlinien fest, auch

um die Chancengleichheit einigermaßen zu wahren. Das Schulhaus Zinzikon ist ein gutes Projekt, das die Unterstützung des Gemeinderates verdient.

Kunst am Bau: Die Schule muss viele Anliegen erfüllen und sie muss vieles ausbaden, wenn in der Gesellschaft etwas schief läuft. Kunst am Bau prägt Winterthur und hat eine lange Tradition. Früher haben sich häufig Private – zum Beispiel der Kunstverein – für die Kunst am Bau eingesetzt. Dieses Engagement wurde leider aufgegeben. Die Mitarbeit in der Kunstkommission wird aber aufrechterhalten. Der Kunstverein unterstützt den Stadtrat bei der Anschaffung von Kunstwerken. Die Zusammenarbeit mit dem Kunstverein ist sehr wichtig. Die Kunstkommission ist aus verschiedenen Parteien und Experten zusammengesetzt. Der Stadtrat ist auf die Kunstkommission angewiesen. Er hält sich an die vorhandenen Richtlinien, die immer wieder angepasst wurden. Kunst am Bau gehört zu den städtischen Bauten, das belebt die Stadt und ist wichtig für den öffentlichen Raum. Selbstverständlich passt sich der Kredit für die Kunst am Bau dem Volumen des Gesamtkredits an. Es ist eine gängige Praxis, dass ca. 1 % für die Kunst am Bau eingesetzt wird. Das machen auch Banken und andere private Firmen. Die Kunstschaftenden sind damit auch der Konjunktur ausgesetzt, wenn die Stadt weniger bauen kann, gibt es auch weniger Kunst am Bau. In der Stadt Winterthur gibt es viele gute Beispiele für Kunst am Bau. Das wäre nicht zustande gekommen, wenn sich die Stadt nicht an die vorhandenen Richtlinien gehalten hätte. Es zeigt sich, dass die Stadt mit der Kunst am Bau lebt, sie gehört zum Alltag von Winterthur und ist Identität stiftend und belebend. Winterthur hat ein Image als Kulturstadt, das würde verloren gehen, wenn bei grossen Stadtbauten die Kunst am Bau weggelassen würde. Das wäre ein schlechtes Signal. Auch für die Kinder ist es wichtig, dass sie mit Kunst konfrontiert werden. Den Trend, dass Kunst immer öfter mit populistischen Argumenten zu Fall gebracht wird, will der Stadtrat nicht mitmachen. Es ist einfach die Kunst zu bodigen und lächerlich zu machen. Der Stadtrat ist sich seiner Verantwortung bewusst und will auch für spätere Generationen Kunstwerke schaffen. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass der Gemeinderat den Kredit für die Kunst am Bau nicht streichen und dem Kompromissvorschlag der BBK und der BSKK zustimmen wird, damit die Kinder aus Oberwinterthur nicht zu Schaden kommen, die ab 2014 im geplanten Schulhaus zur Schule gehen wollen.

Ratspräsidentin D. Schraft hält fest, dass 4 Anträge gestellt wurden. 2 Anträge der SP, die die Kürzungen, die im Kompromissvorschlag enthalten sind, rückgängig machen will, 1 Antrag der GLP/PP-Fraktion, die den Beitrag für die Kunst am Bau streichen will und der Antrag auf Namensaufruf von H. Iseli. Die Ratspräsidentin wird über alle Anträge einzeln abstimmen.

Für die Abstimmung mit Namensaufruf sind 20 Stimmen notwendig. Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat: 17 Ratsmitglieder stimmen für den Antrag auf Namensaufruf. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Ch. Baumann (SP) stellt den Antrag auf Namensaufruf für die Abstimmung über den Kredit für die Kunst am Bau.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen.

Der Rat: 18 Ratsmitglieder stimmen für den Antrag auf Namensaufruf. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag der SP abstimmen, dass im Schulbereich die in der bereinigten Weisung vorgesehenen Einsparungen gegenüber der ursprünglichen Weisung des Stadtrates im Umfang von 1,2 Millionen rückgängig gemacht werden.

Der Rat lehnt den Antrag mit 28 zu 21 Stimmen mit 2 Enthaltungen ab.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag der SP abstimmen, dass im Sportbereich die in der bereinigten Weisung vorgesehenen Einsparungen gegenüber der ursprünglichen Weisung des Stadtrates im Umfang von 1,05 Millionen rückgängig gemacht werden.

Der Rat lehnt den Antrag mit 27 zu 21 Stimmen mit 3 Enthaltungen ab.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen den Kredit für das Schulhaus Zinzikon um 325'000 Franken zu reduzieren. Dies geschieht durch die Streichung aus dem CRB-Baukostenplan, Untergruppe 504: „Wettbewerb Kunst am Bau“ und Gruppe 98: „Kunst am Bau“.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 27 zu 23 Stimmen mit einer Enthaltung zu.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag des Stadtrates abstimmen – für den Neubau einer Primarschulanlage in Zinzikon, Oberwinterthur, wird zulasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens, geändertes Projekt Nr. 12706, ein Kredit von 41'058'000 Franken bewilligt. Die Kreditgenehmigung erstreckt sich auch auf die Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten.

Der Rat stimmt dem Kredit mit 50 zu 0 Stimmen mit 1 Enthaltung zu.

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Anträge 2, 3 und 4 werden ohne Gegenanträge genehmigt. Damit ist das Geschäft erledigt.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2011/040: Investitionskredit von CHF 1.51 Mio. für den Einbau von Schulzimmern und Infrastrukturräumen im 2. Obergeschoss des Grüzehoofs an der Rudolf Diesel-Strasse 10 sowie jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 134'046 für Mietaufwendungen

F. Albanese (CVP): Folgende Ausgangslage führte zum stadträtlichen Antrag eines Investitionskredits von 1,51 Millionen und eines wiederkehrenden Kredits von 134'046 Franken: Die Angebote der städtischen Berufsvorbereitungsjahre befinden sich heute an vier Standorten – die Berufswahlschule (BWS) an der Schöntalstrasse 20, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) an der Rudolf Diesel-Strasse 10, die Schulküchen dazu an der Tösstalstrasse 24 und die Werkjahrschule an der Wülflingerstrasse 225. Die Neuorganisation der Berufsvorbereitungsjahre unter der Leitung des Kantons Zürich führte einerseits dazu, dass die HFS und die BWS im Bereich der Berufswahlklassen teilweise die gleichen Lerninhalte vermitteln. Andererseits wurden im Gebäude, in dem die HFS eingemietet ist, Räume frei, die nun der BWS zur Miete freistehen. Die HFS ist mit dem Grüzehoof in einem Mietverhältnis, das sich bis heute auf die Stockwerke 1, 3, 4 und 5 beschränkt. Da nun das Fitnessstudio aus dem 2. Obergeschoss ausgezogen ist, bietet der Vermieter die Räumlichkeiten (760 Quadratmeter) der BWS für jährlich 134'046 Franken inklusive Nebenkosten zur Miete an. Um das 2. Obergeschoss des Grüzehoofs für die BWS nutzbar zu machen, müssen neue Schulzimmer und Infrastrukturräume eingebaut und eingerichtet werden. Dafür wird ein Bruttokredit zulasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens in der Höhe von 1,51 Millionen benötigt.

Die neue Situation erlaubt folgende organisatorische Anpassungen: Durch die Integration der BWS in das Schulhaus erfolgt auch eine organisatorische Eingliederung in die Führungsstruktur der HFS. Die BWS wird als Abteilung geführt und die Sekretariate beider Schulen werden zusammengelegt. Dadurch kann mit einer Aufwandverbesserung von mindestens 50'000 Franken gerechnet werden. Weiter kann das freiwerdende Gebäude der BWS an der Tösstalstrasse 20 nach einer Zwischennutzung durch den Bereich Bildung des

Departements Schule und Sport (DSS) einer anderweitigen Nutzung durch die Stadt zugeführt oder dem Kanton vermietet werden. Dies dürfte die gesamten Investitionsfolgekosten des Umbaus decken. Die vorberatende Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig beide stadträtlichen Anträge zur Annahme. Die CVP-Fraktion stimmt den beiden Anträgen ebenfalls zu. Die Änderungen sind sinnvoll und zweckmässig und bedeuten einen weiteren Schritt in die richtige Richtung – nämlich eine Effizienzsteigerung für das Schuldepartement und eine sinnvolle Flurbereinigung für klarere räumliche Einheiten. Dennoch ist die Häufung von Aussagen, dass die Stadt im Vergleich zu den Privaten teurer baue, für die CVP alarmierend. Solche Feststellungen sind nicht auf bestimmte politische Kreise beschränkt. Das erhärtet den Verdacht auf einen offensichtlichen Missstand. Auch in diesem Geschäft machte ein Mitarbeiter aus dem Departement entsprechende Aussagen, wie im offiziellen Protokoll nachzulesen ist. Solche Aussagen lösen bei der CVP grosse Besorgnis aus. Die Fraktion wird diesem Thema verstärkte Aufmerksamkeit schenken. Ein anderer Wermutstropfen bleibt die Tatsache, dass die Stadt zwar die gesamte Liegenschaft Grüzeshof bald zu kaufen beabsichtigt, dies jedoch nur dann erfolgen kann, wenn die Gegenforderung des heutigen Besitzers erfüllt wird und eine interessante städtische Immobilie angeboten werden kann. Das klingt kompliziert und bedeutet eine ordnungspolitisch ungünstige Verstrickung. Die CVP bittet den Stadtrat, um die notwendige Transparenz, sollte es wirklich zu solchen Gegengeschäften kommen.

Ch. Ingold (EVP/EDU) dankt F. Albanese für die Vorstellung des Geschäfts. Der Einbau von Schulzimmern im 2. Obergeschoss des Grünenhofs ist sinnvoll und bringt viele Vorteile. Deshalb unterstützt die CVP-Fraktion den Investitionskredit. Ch. Ingold hatte aber Zweifel, dass die zur Verfügung stehenden Flächen für die Pausen der Schülerinnen und Schüler und die Arbeitsplätze der Lehrerinnen und Lehrer ausreichen würden. Der Eindruck vor Ort hat aber gezeigt, dass dieses Problem professionell gelöst werden konnte. Auch die versprochenen Synergien im Sekretariat sind noch wenig konkretisiert. Ch. Ingold vertraut aber darauf, dass eine ressourcenorientierte Umstrukturierung Einsparungen bringen wird. Bei der Besichtigung haben speziell die bereits getätigten Umbauten im Erdgeschoss und in den bereits genutzten Obergeschossen überzeugt. Diese sind sehr kostenbewusst umgesetzt worden und wirken doch nicht billig. Wenn Ch. Ingold an den berechneten Investitionsbedarf für Schulbauten in den nächsten Jahren denkt, muss diese zielorientierte und kompromissbereite Umsetzung als Beispiel dienen.

St. Schär (SVP): Auch die SVP ist für den Kredit von 1,51 Millionen und auch für die wiederkehrenden Mietaufwendungen von 134'046 Franken. Das Gebäude an der Rudolf Diesel-Strasse konnte besichtigt werden. Geplant ist ein zweckmässiger Umbau. Mit dem Einzug der BWS können Synergien genutzt werden mit der HFS, die bereits vor Ort ist. Auch der geplante Kauf der Liegenschaft ist im Interesse der Stadt. Damit werden die Mietaufwendungen wegfallen. Es handelt sich um einen guten Standort für ein Schulhaus, das längere Zeit genutzt werden kann. Der Betrag von 1,51 Millionen ist zwar relativ hoch, wenn man das mit privaten Aufträgen vergleicht, aber daran lässt sich jetzt kaum noch etwas ändern. Die SVP-Fraktion wird dem Kredit einstimmig zustimmen.

O. Seitz (SP): Die Zusammenführung der BWS und der HFS macht Sinn. Synergien können genutzt werden – bei der Schulleitung wie auch beim schulischen Angebot. Der Kredit kann ganz klar unterstützt werden. Es gibt einen Wermutstropfen, was die Kosten anbelangt. Die Stadt hat es verpasst früh genug mit dem Vermieter über den Umbau zu verhandeln. Es schwingt immer wieder der Verdacht mit, dass ein Privater günstiger bauen könnte. Wenn es ähnliche Gelegenheiten geben sollte, müsste die Stadt frühzeitig klären, ob ein Umbau nicht dem Vermieter überlassen werden kann. Für diese Weisung ist es aber zu spät. Man muss sofort mit dem Umbau beginnen. Deshalb macht es Sinn, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

M. Zehnder (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion stimmt dem Investitionskredit und den jährlich wiederkehrenden Mietausgaben zu. Dass man in einem Mietobjekt selber baut, ist eher un-

üblich. Aber in Anbetracht dessen, dass ein Vorkaufsrecht im Grundbuch festgehalten werden konnte, ist dieses Vorgehen nachvollziehbar. Der Standort liegt zwar nicht im Zentrum. Das spielt aber keine Rolle, weil die öffentlichen Verkehrsmittel direkt vor dem Eingang halten. Der Zusammenschluss der beiden Schulen führt zu Synergien, die zu begrüssen sind. Schulräume wie Informatikzimmer und Naturkundezimmer werden besser genutzt und auch die Schulleitung besteht nur noch aus einer Person. Grössere Signalwirkung sieht die GLP/PP-Fraktion bei folgendem Sachverhalt: Eine Schule zieht in ein Mietobjekt. Das dürfte Schule machen und würde die Schulraumprobleme auch an der Volksschule lösen.

M. Stauber (Grüne/AL): Der Grüzehoﬀ ist ein Glücksfall für die Stadt. Nachdem der Kanton die Räume an der Tösstalstrasse gekündigt hat, musste die HFS ausziehen und jetzt hat man die Möglichkeit im gleichen Schulhaus, in dem auch die HFS eingemietet ist, die BWS unterzubringen. Die beiden Schulen können damit fusionieren und die Stadt hat ein Vorkaufrecht auf die Liegenschaft. Der Preis des Gebäudes ist bereits fixiert. Erstaunt hat, dass der Standort deutlich peripherer ist als der alte Standort. Er ist bei den Schülerinnen und Schülern aber offensichtlich beliebt. Damit sind entsprechende Bedenken unnötig. Die Aussage, dass Private günstiger bauen, ist in der volatilen Situation, die im Baugewerbe herrscht, etwas gewagt. Der Gemeinderat hat zudem keinen Spielraum den Kredit zu ändern. M. Stauber ist der Meinung, dass Private, wenn man Glück hat, eventuell etwas günstiger bauen könnten, wenn man Pech hat auch nicht. Im Grossen und Ganzen ist das Projekt eine gelungene Sache. Die Grüne/AL-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, dem Kredit zuzustimmen.

A. Bosshart (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt dem Kredit für den Grüzehoﬀ zu, wie auch den jährlichen Mietkosten. Der Standort hat sich bewährt für die HFS. Jetzt soll auch die BWS ins gleiche Gebäude ziehen. Mit der Zusammenlegung der beiden Schulen können Synergien genutzt werden. Es braucht nur noch eine Mensa. Mit dem Umzug der BWS ist auch der Weg für die Zusammenlegung der beiden Schulen geebnet. Auf den ersten Blick macht die Zusammenlegung Sinn, weil das 10. Schuljahr starken konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt ist. Je nach Lehrstellensituation gibt es mehr oder weniger Interessenten. Eine grössere Schuleinheit kann auf diese Schwankungen besser reagieren. A. Bosshart bittet die Ratsmitglieder, dem Geschäft zuzustimmen. Die Investitionen in moderne Schulräume sind sinnvoll.

Stadtrat St. Fritschi dankt für die wohlwollende Zustimmung zu diesem Geschäft. Es ist für das Berufsvorbereitungsjahr der Stadt Winterthur ein wichtiger Meilenstein. Der Zusammenschluss der beiden Schuleinheiten ist auch strategisch wichtig. Damit kann viel flexibler auf die Nachfrage reagiert werden. Die Nachfrage zwischen den beiden Schultypen ist fließend. Wenn die beiden Schulen im gleichen Schulhaus untergebracht sind, kann die Stadt den Jugendlichen die besten Möglichkeiten bieten, um das Jahr bis zum Eintritt ins Berufsleben zu überbrücken. Der Stadtrat steht zeitlich unter Druck. Der Umbau muss möglichst schnell realisiert werden. Der Stadtrat hat deshalb die Möglichkeit, den Umbau dem Vermieter zu übertragen, nicht im Detail abklären können. Auch wenn der Umbau vom Vermieter übernommen worden wäre, hätte die Stadt keine Garantie gehabt, dass die Kosten über eine Mietzinserhöhung nicht höher ausgefallen wären. Die Vermutung, dass ein Privater günstiger bauen kann als die Stadt Winterthur, kann Stadtrat St. Fritschi nicht abstreiten. Wenn das ein Bauunternehmer wie F. Albanese sagt, wird das stimmen. Es würde den Stadtrat freuen, wenn die Anbieter für die Stadt die gleichen Offerten einreichen würden wie für Private. Die Stadt hat ein Vorkaufsrecht auf die Liegenschaft und auch der Kaufpreis ist im Grundbuch festgelegt. Durch weitere Ausbauten wird der Verkaufspreis nicht erhöht. Die Abhängigkeit wird zwar durch den Ausbau grösser, aber zum Glück ist es im Grundbuch verbrieft, dass sich das nicht im Verkaufspreis niederschlagen wird. Der Besitzer kann aber nicht zum Verkauf gezwungen werden. Stadtrat St. Fritschi dankt den Ratsmitgliedern für die Zustimmung und freut sich, dass die Schülerinnen und Schüler der BWS bald einziehen können.

Ratspräsidentin D. Schraft: Der Rat hat keine Anträge gestellt, damit ist der Investitionskredit von 1,51 Millionen für den Einbau von Schulzimmern und Infrastrukturräumen im 2. Obergeschoss des Grüzehoof an der Rudolf Diesel-Strasse 10 sowie der jährlich wiederkehrende Kredit von 134'046 Franken für Mietaufwendungen bewilligt.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2011/048: Änderung der Nutzungsplanung: Umzonung Areal für den Werkhof Scheidegg bei der Kehrrechtverbrennungsanlage

S. Stierli (SP): Die Vorlage weist einen Zusammenhang auf zum Traktandum 10 der heutigen Traktandenliste, dem Kredit für 8,38 Millionen für den Neubau des Werkhofs Scheidegg. Im Werkhof Scheidegg soll ein Logistikstützpunkt für das Tiefbauamt entstehen, beziehungsweise ein Werkareal für 50 Mitarbeitende und 12 Sammelfahrzeuge des Entsorgungsdienstes. F. Helg (FDP), wird das Projekt noch detailliert vorstellen. Der Werkhof Scheidegg soll ins Areal der erweiterten KVA integriert werden. Dieser Bau ist im Gang. Das Areal für den Werkhof Scheidegg befindet sich in der Zentrumszone Z3. Ein Ausschnitt aus dem Zonenplan ist in der Weisung enthalten. S. Stierli zeigt eine Fotografie des Gebietes. Gemäss dem Paragraphen 51 des Kantonalen Planungs- und Baugesetzes sind Zentrumszonen wie folgt definiert: „Für eine dichte Überbauung zur Entwicklung von Stadt-, Wohn- und Quartierzentren, die ausser dem Wohnen vorab der Ansiedlung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben, Verwaltungen sowie mässig störenden Gewerbebetrieben dienen.“ Die Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur bestimmt, dass stark störende Betriebe nur in Industriezonen I1 oder I2 errichtet werden dürfen. Der Werkhof Scheidegg ist ein stark störender Betrieb und darf deshalb nur in der Industriezone gebaut werden. Das Areal für den geplanten Werkhof ist deshalb umzuzonen – nämlich von der Zentrumszone Z3 in die Industriezone I2. Die Baudirektion des Kantons Zürich hat diese Umzonung einer Vorprüfung unterzogen. Die Einwände des Kantons konnten berücksichtigt, beziehungsweise entkräftet werden. S. Stierli hat die Stellungnahme der Baudirektion eingesehen. Sie wurde auch in der AK überprüft. Weiterhin ist zu erwähnen, dass das Areal, das umgezont werden soll, der Stadt Winterthur gehört. Damit werden durch diese Umzonung keine Drittinteressen tangiert. Ein spezielles Augenmerk hat S. Stierli auf den Jugendtreff gerichtet, der unmittelbar neben der fraglichen Zone liegt. Der Jugendtreff wird von MOJAWI betrieben. Die Stadt hat versichert, dass MOJAWI informiert ist, und dass auch das weitere Vorgehen abgesprochen wird. Selbst wenn der Kredit für den Werkhof abgelehnt werden sollte, macht diese Umzonung Sinn, weil das Gebiet durch die Zufahrten zur KVA stark beeinträchtigt ist. Die AK beantragt einstimmig, der Umzonung zuzustimmen.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die Umzonung ist für die EVP/EDU-Fraktion unbestritten. Der Standort neben der KVA und der aufgehobenen Scheideggstrasse ist ideal und platzsparend. Die EVP/EDU-Fraktion stimmt der Änderung des Nutzungsplans zu.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Demokratie ist ein komplexes Geschäft. So ist es auch bei dieser Weisung. Die Grüne/AL-Fraktion ist für die Annahme. Dafür gibt es nur einen Grund, wenn der Gemeinderat dem Geschäft nicht zustimmt, dann ist das Geschäft 2011/002 gestorben. Das heisst einerseits, dass die Grüne/AL-Fraktion auch der Weisung 2011/002 zustimmen wird und andererseits, dass die Argumente für die Zustimmung zu diesem Geschäft später vorgetragen werden. Ch. Griesser bittet die Ratsmitglieder trotzdem zuzustimmen.

M. Wenger (FDP) schliesst sich den Ausführungen von Ch. Griesser an.

D. Oswald (SVP): Auch die SVP-Fraktion stimmt zu.

Stadträtin P. Pedernana dankt für die wohlwollende Aufnahme und freut sich auf die Debatte beim nächsten Geschäft.

Ratspräsidentin D. Schraft: Der Rat hat keinen anderslautenden Antrag gestellt, damit hat der Rat der Änderung der Nutzungsplanung, Umzonung des Areals für den Werkhof Scheidegg bei der Kehrlichtverbrennungsanlage zugestimmt.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2011/002: Kredit von CHF 8'380'000 für den Neubau Werkhof Scheidegg, Oberwinterthur

F. Helg (FDP): Den ersten Teil der „Realisierungsgeschichte“ zum Werkhof Scheidegg hat der Gemeinderat mit der Umzonung des Areals soeben geschrieben. Beim zweiten Teil geht es um das Bauprojekt. Das Bauprojekt umfasst zwei Teile: Einerseits geht es um die Errichtung der Einstellhalle für die Kehrlichtfahrzeuge, andererseits soll gleichzeitig ein Revierstützpunkt des Strasseninspektorats gebaut werden. Hintergründe: Die bisherige Einstellhalle auf dem Areal Obermühle in unmittelbarer Nachbarschaft zum Feuerwehrgebäude ist zu klein und marode. Ein Teil der Fahrzeuge kann nicht auf dem Areal selber abgestellt werden. Es besteht dringender Sanierungsbedarf, gerade auch, was die Einhaltung der Umweltschutzvorschriften betrifft. F. Helg zeigt die Situation anhand von Bildern. Der neue Standort am Ort der Kehrlichtverbrennungsanlage ist sinnvoll, weil Leerfahrten am Abend vermieden werden können. Bisher mussten die Fahrzeuge nach dem Entladen zur Garage auf dem Areal Obermühle zurückfahren. Das sind pro Jahr rund 6'000 km. Der Revierstützpunkt des Strasseninspektorats im Gebiet Grüze ist momentan – infolge der Bauarbeiten an der Kehrlichtverbrennungsanlage – in einem Provisorium auf dem Gelände des ehemaligen Restaurant Bahnhof Grüze untergebracht. Dieses Provisorium wird nach dem Neubau des Werkhofs aufgehoben. Der Revierstützpunkt auf dem Areal Obermühle kann ebenfalls in dieses Projekt integriert werden, sodass beide Revierstützpunkte vereinigt sind. Der Platz auf dem Gelände Obermühle ist vorgesehen für ein neues Polizeigebäude. Der Projektierungskredit ist bereits traktandiert.

Bauprojekt: Die Baute ist ein Kubus von rund 85 mal 17 Metern mit Untergeschoss, Erdgeschoss und Obergeschoss. Die Pläne befinden sich im Anhang der Weisung des Stadtrates. Im Untergeschoss befinden sich die Technikräume und die Parkgarage für 38 Parkplätze, wovon 20 für die Mitarbeitenden der Kehrlichtverbrennungsanlage reserviert sind. Im Erdgeschoss befinden sich die Einstellhalle für 12 Kehrlichtfahrzeuge, 1 Waschbox, der neue Revierstützpunkt mit Platz für kleinere Kommunalfahrzeuge und Gerätschaften und der Velo-raum. Das Obergeschoss dient einerseits als Luftraum über der Einstellhalle, andererseits befinden sich dort die Garderoben für rund 50 Mitarbeitende des Tiefbauamtes, die sanitären Einrichtungen, ein Aufenthaltsraum, Büros und ein Rapportraum. In energetischer Hinsicht werden im Bereich der beheizten Gebäudeteile Minergie-P-Anforderungen erfüllt. Kosten: Beantragt ist ein Kredit von 8,4 Millionen. Die Anlagekosten betragen eigentlich 9,2 Millionen. Davon sind abzuziehen 300'000 Franken für den bewilligten Projektierungskredit und 500'000 Franken für die Parkplätze, welche dem Betrieb der Kehrlichtverbrennungsanlage zugute kommen und von diesem Betrieb auch finanziert werden. Die Anlagekosten sind in der Weisung aufgeschlüsselt. Alle Kosten sind in einem detaillierten Kostenvoranschlag ausgewiesen und sind vergleichbar mit den Kosten für ähnliche Projekte. Als Referenzgrösse diente der Sachkommission der Revierstützpunkt Auwiesen. Die Investitionsfolgekosten betragen in den ersten 10 Jahren 711'000 Franken und in den darauf folgenden weiteren 20 Jahren 601'000 Franken. Darunter fallen auch die Personalfolgekosten von 70'000 Franken jährlich als Anteil für Unterhalt und Betrieb der Anlage. Die Finanzierung erfolgt über die Abfallgebühren. Diese Gebühren müssen aber aufgrund dieses Projekts nicht erhöht werden, weil die Betriebsreserven genügend hoch sind. Die Höhe der Kosten von gut 8 Millionen machen eine Volksabstimmung notwendig, die voraussichtlich im November 2011 stattfinden wird, vorausgesetzt der Gemeinderat stimmt heute zu.

Die Kommission Bau und Betriebe (BBK) hat die Vorlage in zwei Lesungen beraten. Sie folgt der Argumentation des Stadtrates, dass mit dieser Vorlage betrieblich dringliche Verbesserungen erzielt werden können. Zudem kann für die Mitarbeitenden eine zeitgemässe Infrastruktur bereitgestellt werden. Es handelt sich um einen Zweckbau. Das betrieblich Notwendige ist vorgesehen, mehr nicht. So ist zum Beispiel auf ein weiteres Sitzungszimmer und auf einen Lift verzichtet worden. Die Kosten liegen nach Ansicht der Kommission in einem vertretbaren Rahmen. Die Kommission hat sich mit verschiedenen Punkten der Vorlage eingehend auseinandergesetzt, zum Beispiel mit der verkehrsmässigen Erschliessung des Areals über die Scheideggstrasse und mit der Berechnung der Kosten. Es ist in der Kommission auch darüber diskutiert worden, ob man das Gebäude statisch nicht so planen und bauen soll, dass später – bei entsprechendem Bedarf – eine Aufstockung des Gebäudekomplexes möglich wäre. Die Kommission ist – in Übereinstimmung mit dem Stadtrat – zum Schluss gekommen, dass vorderhand kein weiterer Bedarf absehbar ist und aus Sicherheitsgründen keine Drittnutzung auf dem Areal möglich ist. Sie hat darum die Option einer späteren Aufstockung nicht weiterverfolgt. Weiter hat die Kommission die Frage der Nutzung der grossen Dachfläche für Sonnenenergie diskutiert. Sie ist der Meinung, dass sich das Dach dafür sehr gut eignen würde und hat den Stadtrat mit einem Zusatzantrag beauftragt, bis Ende September 2012 eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten und dem Gemeinderat Antrag zu stellen. Dem Gemeinderat stehen somit alle Optionen offen, ob er die Nutzung der Sonnenenergie will oder nicht. Aus diesem Grund präsentiert sich der Kommissionsantrag zweiteilig. 1. Der eigentliche Kreditantrag bleibt unverändert gegenüber dem Antrag des Stadtrates. Nur dieser Antrag unterliegt infolge der Kredithöhe der Volksabstimmung. Dem Antrag hat die BBK mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt. 2. Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat eine Vorlage zur Nutzung der Sonnenenergie auf dem Dach. Dem Antrag hat die BBK mit 6 zu 3 Stimmen zugestimmt. Mit der Zustimmung wäre nach der Umzonung die „Realisierungsgeschichte“ zum Werkhof Scheidegg fertig geschrieben. Die logische Fortsetzung wäre der Projektionskredit zum neuen Polizeigebäude, das als Traktandum 18 auf der Sitzungsliste figuriert.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage. Sie ist überzeugt, dass das Bauprojekt betriebliche Vorteile bringt und kostenmässig in einem guten Rahmen liegt. Sie unterstützt die Vorlage mit besonderer Freude und Genugtuung, wenn der Zusatzantrag gutgeheissen wird, nach dem später eine Vorlage zur Nutzung der Sonnenenergie dem Gemeinderat unterbreitet wird, weil dieser Kommissionsantrag auf einen Antrag der FDP-Fraktion zurück geht, die schon lange der Ansicht ist, dass es viele städtische Dächer gibt, die für die Gewinnung von Sonnenenergie genutzt werden könnten. Darum hat die Fraktion ein Postulat eingereicht, mit dem der Stadtrat aufgefordert wird, zu prüfen, wie die Dachflächen von städtischen Liegenschaften für die Sonnenenergie genutzt werden können. Vor kurzem ist der Postulatsbericht veröffentlicht worden. Darin wird aufgezeigt, dass es diesbezüglich ein grosses ungenutztes Potential gibt. Insofern ist es folgerichtig, bei einem geeigneten Projekt, wie es der Werkhof Scheidegg darstellt, bereits zu Beginn die notwendigen Schritte einzuleiten, sodass aus guten Absichten Ergebnisse erwachsen. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Gemeinderat dem Kredit zuzustimmen.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die Polizei wartet sicher ungeduldig auf den Platz im Obermühleareal. Deshalb braucht es einen Ersatz für den Revierstützpunkt und die Garage für Kehr-richtfahrzeuge. Dass für einen Neubau das Areal der KVA genutzt werden kann, ist ein Vorteil. Damit fallen viele Leerfahrten der Kehr-richtfahrzeuge weg und auch als Werkhof für das Tiefbauamt ist der Standort geeignet. Das Gebäude wird ein Zweckbau ohne Schnick-Schnack. Trotzdem ist es zweckmässig und bringt für das Personal Verbesserungen durch den Einbau von Duschen und Garderoben und einem Aufenthaltsbereich. Dass das Gebäude über die Gebühren der Abfallentsorgung finanziert werden kann – ohne Gebührenerhöhung – ist ebenfalls zu begrüssen. Die EVP/EDU-Fraktion befürwortet den Kredit von 8,38 Millionen für den Bau des Werkhofs. Dem Zusatzantrag der BBK, dass der Stadtrat eine Vorlage zur Nutzung der Sonnenenergie auf dem Dach des Werkhofs erarbeiten soll, steht die Fraktion positiv gegenüber. Die Frist bis September 2012 macht Sinn, so kann geprüft werden, ob Stadtwerk oder allenfalls ein Dritter investieren soll. Es ist sinnvoll ein Zei-

chen zu setzen, dass die Stadt in Zukunft vermehrt auf erneuerbare Energie setzt. Die EVP/EDU-Fraktion stimmt dem Zusatzantrag zu.

E. Wettstein (SP): Auch die SP stimmt dem Kredit von 8,38 Millionen zu. Die Einstellhalle ist marode. Sie entspricht nicht mehr den Anforderungen eines modernen Garagenbetriebs. Es ist sinnvoll, die Kehrlichfahrzeuge in der Nähe der KVA unterzubringen. Das Dach wird begrünt, kann aber gut für eine Fotovoltaikanlage genutzt werden. Die SP hofft, dass Stadtwerk diese Gelegenheit nutzen und das geeignete Dach mit einer Fotovoltaikanlage bestücken wird. Die SP stimmt dem Kredit zu wie auch dem Antrag 2.

H. Keller (SVP): Auch die SVP-Fraktion unterstützt das Projekt. Es ist sinnvoll, wenn der Wagenpark direkt neben der Verbrennungsanlage platziert wird. So können immerhin – laut Weisung – 6'000 km Leerfahrten eingespart werden. Wenn die Salzlager, die in Töss gebaut worden sind, ebenfalls dort wären, könnten noch mehr Fahrten eingespart werden. Im Hinblick auf den Bau wurde bereits erwähnt, dass der alte Standort frei wird für das neue Polizeigebäude.

B. Meier (GLP/PP): Das Bauvorhaben ist sinnvoll – inklusive der Kombination der Nutzung von Entsorgung und Strasseninspektorat. Es gibt Fragen zum Punkt 4.1: „Finanzwirtschaftliche Investitionsfolgekosten für den Betrieb der Abfallentsorgung“. Darin ist die eher tiefe Miete von 50'000 Franken für den Revierstützpunkt aufgefallen. Das Strasseninspektorat mietet sich an diesem Standort ein. Die Fragen wurden nicht ganz schlüssig beantwortet – das heisst es besteht das Risiko einer Quersubventionierung des Strasseninspektorats, dem steuerfinanzierten Teil durch die Entsorgung, dem gebührenfinanzierten Teil. Es wurde aber darauf verwiesen, dass in der definitiven Umsetzung darauf geachtet wird. Das heisst die Höhe der Miete wird in der Umsetzung noch präzisiert. Im Rahmen von Budgetierung und Rechnung wird die GLP/PP-Fraktion darauf achten, ob diesem Anliegen entsprochen worden ist. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt auch den Zusatzantrag der BBK und freut sich auf die Zeiten, wenn solchen Vorhaben nicht mehr mit Zusatzanträgen zur Realisierung verholten werden muss.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Kredit für den Werkhof Scheidegg. Sie kann sich den Argumenten des Referenten anschliessen. Es ist ein sinnvoller Zweckbau, der zweckmässig gestaltet und kostenbewusst gebaut werden kann. Den Zusatzantrag der BBK kann die CVP ebenfalls unterstützen. Es ist eine gute Gelegenheit erneuerbare Energien zu unterstützen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Wie der Kommissionsreferent F. Helg ausgeführt hat, ist der neue Werkhof absolut zweckmässig und die Kehrlichfahrzeuge der KVA auf dem Areal zu parkieren ist sinnvoll. Die Grüne/AL-Fraktion freut sich, dass auf dem Dach Sonnenenergie genutzt werden soll. Es spielt keine Rolle, wer das Projekt schlussendlich realisiert, ob das die Stadt oder ein Drittanbieter ist – die Hauptsache ist, dass die gut geeignete Fläche genutzt wird. Hier kommt vor allem Fotovoltaik in Frage. Die Weisung genießt die ungeteilte Zustimmung der Grüne/AL-Fraktion.

Stadträtin P. Pedergnana dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts und speziell dafür, dass das gute Kosten/Nutzen-Verhältnis gewürdigt wird. Es handelt sich um einen kostengünstigen Bau an einer guten Lage. Das Vorgehen, das der Stadtrat gewählt hat, ist sinnvoll. Die Stadträtin dankt dem Referenten für die präzise Vorstellung des Geschäfts. Eine Korrektur möchte die Stadträtin anbringen – die Volksabstimmung ist auf den September vorgesehen, nicht auf den November. Im September werden kantonale Abstimmungen durchgeführt. Der Stadtrat wird dann drei lokale Geschäfte ebenfalls zur Abstimmung bringen. Dem Antrag der BBK kann sich der Stadtrat anschliessen.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Kredit von 8,38 Millionen für den Neubau des Werkhofs Scheidegg, Oberwinterthur abstimmen.

Der Rat stimmt dem Kredit mit 49 zu 0 Stimmen zu.

Ratspräsidentin D. Schraft: Zum Antrag 2 sind keine anderslautenden Anträge eingegangen damit ist der Antrag angenommen. Das Geschäft ist erledigt.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2011/028: Neuerlass der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität

Eintreten

B. Meier (GLP/PP): Die vorgeschlagene neue Verordnung soll das bisherige Reglement über die Abgabe von Elektrizität vom 14. Mai 1956 ersetzen. Vor allem aufgrund verschiedener Änderungen im übergeordneten Recht im Bereich Stromversorgung sind diverse Anpassungen notwendig. Der Neuerlass regelt insbesondere die Beziehung von Stadtwerk Winterthur mit der Kundschaft und bildet die im Bundesrecht neugeschaffene Rechtsgrundlage in Bezug auf die finanzielle Vergütung an die Stadt – also die rund 8 Millionen die an die Stadt ausgeschüttet werden. Die neue Verordnung schafft zudem die Grundlage für den Aufbau und die Finanzierung für ein Förderprogramm für Energieeffizienz und nachhaltige Energieerzeugung. Das ist ein Auftrag aus der erheblich erklärten Motion aus dem Jahr 2008. Ebenso werden in dieser Verordnung verschiedene Anpassungen im Bereich Modernisierung der Sprache und Gestaltung vorgenommen. Im Vorfeld dieses Geschäfts ist eine umfangreiche Vernehmlassung bei den Parteien und weiteren Interessengruppen durchgeführt worden. Die wesentlichen Kommentare der Stellungnahmen sind diskutiert und weitgehend im Verordnungsentwurf berücksichtigt worden. Die BBK hat das Geschäft in drei Lesungen beraten und gegenüber dem stadträtlichen Entwurf mehrere Änderungen beschlossen. Mit einer Ausnahme, die den Paragraphen 32 betrifft, schliesst sich der Stadtrat diesen Vorschlägen an. Die BBK hat der überarbeiteten Fassung mit 8 zu 1 Stimmen zugestimmt. Heute stellt die Verordnung mit den Änderungen, wie sie die BBK beschlossen hat, die Grundlage für die Beratung. Nachträglich zur Diskussion der BBK wurden zwei kleine redaktionelle Änderungen vorgeschlagen, die materiell keine Veränderungen darstellen. Sie dürften unbestritten sein. Bezüglich Paragraf 32 hat der Stadtrat am 8. Juni 2011 in der Stadtratssitzung ein Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet. Zusätzlich kann bei Bedarf bei den einzelnen Paragraphen auf das Dokument zurückgegriffen werden, das den Ratsmitgliedern vorliegt. In diesem Dokument sind lediglich diejenigen Abschnitte zusammengefasst worden, die verändert worden sind. Es ist auch ersichtlich, ob diese Änderungen in der BBK umstritten waren.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion begrüsst grundsätzlich diese Neuregelung. Sie ist auch notwendig geworden durch die Änderungen im übergeordneten Recht. Es gibt noch zwei kritische Bemerkungen anzubringen: Es war eine Hauruck-Übung. Für die Vernehmlassung im Januar 2011 haben die Beteiligten lediglich 28 Tage Zeit gehabt Stellung zu nehmen,

davon ist die Hälfte in die Ferienzeit gefallen. Es wäre angebracht gewesen, einem so wichtigen Geschäft mehr Zeit einzuräumen, damit sich die Parteien gründlicher mit dem Thema hätten befassen können. Die Verordnung ist insgesamt etwas überladen. Vorzugsweise hätte die Verordnung auf die wesentlichen Weichenstellungen beschränkt werden sollen, so dass der Stadtrat für die Detailregelungen die Kompetenz hätte übernehmen können. Es ist nicht einzusehen, wieso sich der Gemeinderat beispielsweise mit den Nennwertfrequenzen auseinandersetzen muss. Es sind verschiedene punktuelle Verbesserungen zugunsten der Grundeigentümer in diese Vorlage integriert worden, die von der FDP gemeinsam mit den Kommissionskolleginnen und Kollegen eingebracht werden konnten. Letztlich sind zwei wesentliche und umstrittene Punkte geblieben. 1. Die sogenannte Gewinnablieferung oder Zinsvergütung von Stadtwerk zugunsten der Stadt. Anlässlich der Budgetdebatte hat der Gemeinderat darüber diskutiert. Diese Problematik hat die FDP in einer Interpellation vor Kurzem vorgebracht. Die Formulierung lässt eine gewisse Flexibilität zu, indem letztlich die Steuerung dem Gemeinderat obliegt. Praxistauglichkeit ist allerdings noch nicht bewiesen. Deshalb wird die FDP-Fraktion beantragen die Gewinnablieferung zu befristen. Der Antrag wird in der Detailberatung vorgebracht und begründet. 2. Es geht um die Abgaben zur Finanzierung von energiepolitischen Massnahmen. Dieses Instrument hat Vor- und Nachteile. In einer gesamthaften Würdigung überwiegen die Gründe für eine Zustimmung. Nachdem mit dem Kommissionsantrag genügend Sicherheiten eingebaut werden konnten, um eine Steuerung durch den Gemeinderat zu ermöglichen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und für die Zustimmung zu den Kommissionsanträgen mit dem Vorbehalt, dass sich die Ausgangslage noch ändern kann in der Detailberatung. Sie ist auch für die Zustimmung zum Antrag, die Gewinnablieferung zu befristen.

J. Alwegg (Grüne/AL): Grundsätzlich ist der Ersatz der Verordnung sinnvoll. Erfreulicherweise sind die meisten Paragraphen unbestritten. Um Details wird der Gemeinderat aber noch diskutieren müssen. Viele Änderungen wurden in der BBK bereits besprochen und die meisten sind einstimmig gutgeheissen worden. Diese Änderungen wird auch die Grüne/AL-Fraktion mittragen. Aber es gibt viele kleine Details, die zu Diskussionen Anlass geben. In diesem Sinne könnten die Streitpunkte zu einer nächtlichen Debatte führen.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion steht hinter dieser Verordnung. Drei Dinge sind aber wichtig: 1. Die Verzinsung muss zu 100 % der Stadtrechnung zugeführt werden. 2. Der Paragraph 32, der die Festlegung des Netznutzungsentgelts regelt, muss im bisherigen Rahmen bleiben. 3. Noch vor dem Sommer muss ein Beschluss gefasst werden, damit die Tarife 2012 eingeführt werden können.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion begrüsst grundsätzlich den Neuerlass der Verordnung, hat aber gewisse Vorbehalte in Detailfragen. Die meisten Paragraphen sind unbestritten. Es gibt aber einige wichtige Vorbehalte. Das betrifft insbesondere die Zinsvergütung. In die Verordnung wurde sehr viel hineingepackt. Es ist nicht ganz klar, was Eigenkapital ist und was Reserve. Deshalb ist eine Befristung durchaus sinnvoll. Dann kann ein Fazit gezogen und geprüft werden, ob sich die Verordnung bewährt. Das Thema kann anschliessend erneut durchleuchtet werden. Ein weiterer Punkt ist das Netznutzungsentgelt. Das sollte nicht durch den Stadtrat bestimmt werden. Der Gemeinderat muss politisch Einfluss nehmen und mitbestimmen können, wie die Verwendung und die Höhe dieses Entgelts aussehen soll. Wenn diese zwei Vorbehalte in der Detailberatung entsprechend den Vorstellungen der CVP ausgeräumt werden können, wird die Fraktion der Verordnung zustimmen.

W. Langhard (SVP): Auch die SVP wird eintreten. Der Stadtrat hat wieder einmal einen schnellen Fahrplan für ein wichtiges Geschäft vorgegeben. Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen der BBK zu. Sie stellt aber fest, dass mit der neuen Verordnung die Rechte der Grundeigentümer und der Vermieter stark eingeschränkt werden, weil nicht alle Anträge, die gestellt worden sind, zum Tragen kommen. Die neuen Bestimmungen erinnern an die Verordnung über das Wasser. Man hat erneut über die gleichen Themen gestritten. Die Haus-

eigentümer sind auch in dieser Verordnung nicht voll zum Zug gekommen. Auch der Hauseigentümerverband, die Handelskammer und der KMU-Verband haben diverse Änderungen gewünscht. Leider sind nur wenige zum Tragen gekommen. Die SVP-Fraktion wird den Antrag auf Befristung, den die FDP gestellt hat, unterstützen. Wenn der Antrag nicht angenommen wird, wird die SVP-Fraktion die Verordnung ablehnen.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die neuen Regeln im Strommarkt sind der Hauptgrund für die Überarbeitung des alten Reglements. In einem längeren Prozess, mit einer Vernehmlassung bei verschiedenen Interessengruppen und Parteien und im Rahmen der Behandlung in der Kommission, sind die verschiedenen Anliegen und Einwände grosszügig berücksichtigt worden. Die neue Verordnung stellt ein brauchbares Instrument dar, um die Kundenbeziehungen von Stadtwerk auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Der unter Beschuss gekommene Paragraph über die Ablieferung von Stadtwerk an die Stadt ist auf eine bundeskonforme Grundlage abgestützt. Die Ablieferung wird weiterhin in dieser Verordnung geregelt. Das begrüsst die EVP/EDU-Fraktion. Zu den Anträgen und den einzelnen Paragraphen wird die Fraktion später Stellung nehmen.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion begrüsst diese Revision. Der Verordnungsentwurf ist sicher kein Meisterwerk in Sachen Gesetzgebung. Trotzdem regelt sie die notwendigen Bereiche. Die GLP/PP-Fraktion wird eintreten. Der einzige Änderungsantrag, den die Fraktion stellen wird, betrifft den Paragraphen 3, Zielsetzung. Ansonsten wird sich die Fraktion zurückhalten. Sie wird insbesondere die Befristung, die von der FDP vorgeschlagen wird, unterstützen.

Ch. Kern (SVP) stellt im Namen der SVP-Fraktion einen Ordnungsantrag. Nach der Eintretensdebatte soll die Sitzung unterbrochen und am 27. Juni 2011 mit der Detailberatung fortgesetzt werden. Es handelt sich um ein wichtiges Geschäft. Ein grosser Teil der Ratsmitglieder sind nicht mehr anwesend. Die Diskussion wird länger dauern. Die Verordnung betrifft alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur – vor allem auch das Gewerbe. Ch. Kern stellt zudem fest, dass die Medienschaffenden nicht mehr anwesend sind. Damit wird es keine Berichterstattung geben über dieses wichtige Geschäft.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Ordnungsantrag abstimmen.

Der Rat stimmt mit grosser Mehrheit dem Antrag zu.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die Piratenpartei hat das Augenmerk vor allem auf die Datenschutzbestimmungen gelegt und auf die Versorgungssicherheit. M. Wäckerlin hat festgestellt, dass im vorliegenden Entwurf einige Punkte berücksichtigt worden sind. Er wird im Namen der Piratenpartei auf die Vorlage eintreten.

Stadtrat M. Gfeller dankt dem Gemeinderat, dass er auf die Vorlage eintreten will. Zwei Themen sind dem Stadtrat wichtig. Als erstes möchte er die Aussage, es handle sich um eine Hauruck-Übung, widerlegen. Der Vergleich mit der Revision der Wassergebührenverordnung ist durchaus angebracht. Der Stadtrat ist ähnlich vorgegangen. Er hat viel Wert auf das Vernehmlassungsverfahren gelegt. Das wäre nicht zwingend vorgeschrieben. Das Verfahren zur Verordnung über die Abgabe von Elektrizität hat der Stadtrat allerdings schneller abgeschlossen als das bei der Wassergebührenverordnung der Fall war. Er hat aber allen, die ein Fristerstreckungsgesuch gestellt haben, eine Erstreckung gewährt. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass die politischen Parteien in der Phase der Beratung in der BBK die Gelegenheit hatten, Stellung zu beziehen. Die besondere Betroffenheit der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer hat der Stadtrat an zwei Sitzungen mit dem Hauseigentümerversand direkt verhandelt. Gemeinsam wurde ein Resultat erarbeitet. Wichtig ist, dass es sich um eine Verordnung handelt, die vorwiegend Zweifelsfälle regeln soll, falls es zu einem Streitfall zwischen Stadtwerk und den Kundinnen und Kunden kommen sollte. In der Verordnung werden beispielsweise die Rechte von Stadtwerk geregelt, falls die Mitarbeiten-

den ein Haus betreten müssen. Zu den einzelnen Anträgen wird sich Stadtrat M. Gfeller, mit einer Ausnahme, erst in einer Woche äussern. Er weist aber bereits heute darauf hin, dass der Stadtrat, was den berühmten Paragraphen 32 anbelangt, jährlich über die Förderabgaben Bericht erstatten wird. Im Paragraphen 32, Abs. 3 steht: „Jährlich erstattet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Bericht und beantragt das weitere Vorgehen.“ Wenn der Stadtrat schreibt, dass er das weitere Vorgehen beantragt, dann kann das Parlament jährlich auf das Förderprogramm Einfluss nehmen. Deshalb versteht Stadtrat M. Gfeller nicht ganz, wieso weitere Anträge gestellt werden. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder der stadträtlichen Fassung des Paragraphen 32 in einer Woche zuzustimmen.

Statistik: 7 Geschäfte wurden behandelt, 2 Geschäfte und eine schriftliche Anfrage sind eingegangen. Der Saldo beträgt minus 5.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2009/199: Fazliji Menduri, geb. 1969, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. B2010/062: Sola Ilija, geb. 1958, und Ehefrau Sola geb. Jonjic Ruza, geb. 1961, kroatische Staatsangehörige

Ratspräsidentin D. Schraft: Mit dem schriftlichen Einverständnis der Gesuchstellenden wird das Gesuch geteilt. Die Bürgerrechtskommission beantragt die Aufnahme von Sola Ilija, geb. 1958, ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur mit 5 zu 2 Stimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung von Sola geb. Jonjic Ruza, geb. 1961, um 1 Jahr.

W. Steiner (SVP): Die Deutschkenntnisse von Frau Sola waren mangelhaft und auch das Wissen war ungenügend. Aus diesem Grund beantragt die Kommission die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

3. B2010/103: Demiri Agim, geb. 1974, kosovarischer Staatsangehöriger

P. Fuchs (SVP) möchte wissen, warum der Entscheid mit 4 zu 3 Stimmen gefällt wurde.

S. Näf (SP): Die Kommission hat mit Herrn Demiri ein Gespräch geführt. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder war der Meinung, dass er genügend gewusst hat über den Stoff, der abgefragt worden ist, und dass er sich genügend auf Deutsch verständigen kann.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2010/157: Shillova Shaban, geb. 1958, kosovarischer Staatsangehöriger und Ehefrau Shillova geb. Jasarovic Kada, geb. 1961, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Ratspräsidentin D. Schraft: Mit dem Einverständnis der Gesuchstellenden wird das Gesuch geteilt. Die Bürgerrechtskommission beantragt die Aufnahme von Shillova Shaban, geb. 1958, ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur mit 7 zu 0 Stimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung von Shillova geb. Jasarovic Kada, geb. 1961, um 1 Jahr.

R. Diener (Grüne): Eine Kommunikation auf Deutsch war mit Frau Shillova fast nicht möglich. Sie hat die Fragen kaum verstanden. Die Integration kann aufgrund dieser Basis nicht beurteilt werden. Aus diesem Grund beantragt die Bürgerrechtskommission mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr. Damit erhält Frau Shillova die Möglichkeit sich mit der deutschen Sprache auseinanderzusetzen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

5. B2010/161: Ademi geb. Etemi Valbone, geb. 1983, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2010/193: Haxhiu Dashurije, geb. 1985, und Ehemann Haxhiu Januz, geb. 1983, mit Kind Haxhiu Leonita, geb. 2006, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2010/196: Kröll geb. Weinberger Jutta Hannelore Helga, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2010/198: Paunovic Irena, geb. 1975, mit Kind Z. D., geb. 2004, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2010/199: Prieoklang Wana, geb. 1975, thailändische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2010/202: Berisha Nexhat, geb. 1981, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2010/203: Bertuca Domenico, geb. 1958, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2010/204: Faúndez Rojas Juan Andrés, geb. 1964, chilenischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2010/205: Kabashi Sami, geb. 1972, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2010/206: Mahmudi Besime, geb. 1986, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2010/207: Maltempo Daniele, geb. 1973, italienischer Staatsangehöriger und Ehefrau Maltempo geb. Tavares Martins Renata, geb. 1981, brasilianische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2010/208: Salihi Afrim, geb. 1970, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2010/209: Tusi geb. Dauti Albresa, geb. 1983, und Ehemann Tusi Bujar, geb. 1974, mit Kindern Tusi Biondina, geb. 2002, Tusi Granit, geb. 2004, und Tusi Nerhan, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2011/002: Eshrefi Rifat, geb. 1949, und Ehefrau Eshrefi geb. Tupella Rabije, geb. 1960, mit Kind Eshrefi Doruntina, geb. 1999, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2011/003: Fazljija Damir, geb. 1983, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2011/004: Greiner-Mai geb. Heinlein Edith Ulrike, geb. 1958, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2011/005: Güvenkaya geb. Özen Zehra, geb. 1964, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2011/006: Lindenau Angelika, geb. 1960, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2011/008: Paintner Andreas Kurt, geb. 1961, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2011/009: Ramanathan Uthayakumar, geb. 1971, und Ehefrau Uthayakumar geb. Masilamani Kalachchelvi, geb. 1971, mit Kindern Uthayakumar Mathuusha, geb. 1999, Uthayakumar Nathishaa, geb. 2001, und Uthayakumar Axsayan, geb. 2007, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2011/010: Sener Ahmet Ali, geb. 1970, und Ehefrau Sener geb. Toprak Dilek, geb. 1978, mit Kindern Sener Sura Nur, geb. 1997, und Sener Sara Gül, geb. 2005, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2011/013: Asshauer Thomas, geb. 1964, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2011/014: Biçer Ayla, geb. 1964, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2011/015: Böttger geb. Rathgeber Barbara Lioba Antoinette, geb. 1958, und Ehemann Böttger Ingolf Gerhard, geb. 1940, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2011/018: Jödicke geb. Beck Almut, geb. 1971, und Ehemann Jödicke Gerald Jürgen, geb. 1968, mit Kindern Jödicke Lisa Sophie, geb. 2001, Jödicke Silvan Hannes, geb. 2003, und Jödicke Simona Leonie, geb. 2005, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2011/019: Ramaj Vilson, geb. 1980 mit Kindern Ramaj Kristina, geb. 2005, und Ramaj Kristian, geb. 2007, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

31. B2011/021: Sandweger Josefina, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

32. B2011/022: Sinani Amir, geb. 1984, mit Kind Sinani Ajan, geb. 2011, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

33. B2011/025: Ademi geb. Ibraimi Imijan, geb. 1964, mazedonische Staatsangehörige

S. Näf (SP): Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass sowohl die Deutschkenntnisse wie auch das Wissen nicht genügen. Sie beantragt deshalb die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

34. B2011/026: Azemi Bekim, geb. 1971, und Ehefrau Azemi geb. Fetahu Nasibe, geb. 1974, mit Kindern Azemi Drilon, geb. 2000, und Azemi Bleron, geb. 2004, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

35. B2011/028: Draoui Dhouha, geb. 1973, mit Kind Draoui Miryam, geb. 1999, tunesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

36. B2011/030: Ipavec geb. Cernjul Katja, geb. 1949, kroatische Staatsangehörige und Ehemann Ipavec Pavel, geb. 1946, slowenischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

37. B2011/031: Kadriu Lulzim, geb. 1964, und Ehefrau Kadriu geb. Berisha Drita, geb. 1963, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

38. B2011/032: Mansoor Majed, geb. 1969, und Ehefrau Mansoor Iman, geb. 1972, mit Kindern Mansoor David, geb. 1994, und Mansoor Martin, geb. 2010, irakische Staatsangehörige

Ratspräsidentin D. Schraft: Mit dem Einverständnis der Gesuchstellenden wird das Gesuch geteilt. Die Bürgerrechtskommission beantragt die Aufnahme von Mansoor Majed, geb.

1969, mit den Kindern Mansoor David, geb. 1994, und Mansoor Martin, geb. 2010, ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur mit 5 zu 0 Stimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 5 zu 0 Stimmen die Rückstellung von Mansoor Iman, geb. 1972 um 1 Jahr.

R. Diener (Grüne): Mit Frau Mansoor war es nicht möglich ein Gespräch zu führen. Auch einfache Fragen konnte sie nicht beantworten. Das Sprachverständnis ist ungenügend, aus diesem Grund war das Wissen über die Schweiz nicht prüfbar.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

39. B2011/033: Maric geb. Jukic Katica, geb. 1974, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

40. B2011/034: Radulovic geb. Vacic Dragana, geb. 1962, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

41. B2011/035: Solomon Alles Dayan, geb. 1970, mit Kindern Solomon Jael Esther, geb. 2007, und Solomon Jerubi Rebecca, geb. 2008, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

42. B2011/036: Yousif Eiva S., geb. 1982, irakische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

43. B2011/038: Barbalinardo Vincenza, geb. 1960, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

44. B2011/039: Haji Farhad, geb. 1966, und Ehefrau Kasi Nasrin, geb. 1972, mit Kindern Haji Karon, geb. 2004, und Haji Kawan, geb. 2008, irakische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

45. B2011/040: Ibrahimi geb. Sejdija Hata, geb. 1973, serbisch-montenegrinische Staats-angehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

46. B2011/041: Ljubomirovic Cvetko, geb. 1948, und Ehefrau Ljubomirovic geb. Nedeljkovic Ikonija, geb. 1949, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

47. B2011/042: Rana Mubarik Ali, geb. 1968, mit Kindern Mubarik Fizza, geb. 2002, Rana Anas Ahmad, geb. 2005, und Rana Luqman Ahmad, geb. 2009, pakistanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

48. B2011/043: Sajid Safiat Ullah, geb. 1971, und Ehefrau Sajid geb. Latif Asima, geb. 1985, mit Kindern Sajid Numana, geb. 2004, Sajid Attaulhy, geb. 2006, und Sajid Nimra, geb. 2010, pakistanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

49. B2011/044: Sylaj geb. Pajazitaj Shqipe, geb. 1974, und Ehemann Sylaj Sylë, geb. 1975, mit Kindern Sylaj Arnisa, geb. 2004, Sylaj Vesa, geb. 2008, und Sylaj Gresa, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

50. B2011/046: Van Westendorp Yvette, geb. 1996, niederländische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

51. B2011/047: Wanso Somphet, geb. 1969, thailändischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

52. B2011/048: Çiftci Yusuf Can, geb. 1998, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

53. B2011/049: Coduti Aurelio, geb. 1963, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

54. B2011/050: Gashi Donik, geb. 1997, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

55. B2011/051: Hajrullahu Nazmi, geb. 1945, und Ehefrau Hajrullahu geb. Salihu Qamile, geb. 1953, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

56. B2011/053: Juen Silvia Jacqueline, geb. 1997, österreichische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

57. B2011/054: Kibreab Hanna, geb. 1957, eritreische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

58. B2011/055: Mösli geb. Sahin Süreyya, geb. 1967, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

59. B2011/057: Ntangu Kengelau, geb. 1967, kongolesischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

60. B2011/060: Shillova geb. Azemi Arta, geb. 1985, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

61. B2011/062: Ibraimi Nurije, geb. 1997, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin D. Schraft gratuliert allen, die ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen worden sind und wünscht ihnen viel Glück und Erfolg auf dem Weg zum Schweizerpass.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

D. Schraft (Grüne)

J. Lisibach (SVP)

P. Kyburz (SP)